

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Manfred G. Schmidt
Demokratie, Wohlfahrtsstaat
und neue soziale Bewegungen

Wolfgang Beywl
Hartmut Brombach
Neue Selbstorganisationen
Zwischen kultureller Autonomie
und politischer Vereinnahmung

Ulf Fink
Hilfe zur Selbsthilfe
Ein Berliner Modell

ISSN 0479-611 X

B 11/84
17. März 1984

Manfred G. Schmidt, Dr. rer. soc., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft und der Anglistik an der Universität Heidelberg; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz; 1983 Bewilligung eines Heisenberg-Stipendiums.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit F. F. Müller) Empirische Politikwissenschaft, Stuttgart 1979; CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt-New York 1980; Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt-New York 1982 (diese Analyse wurde mit dem Stein-Rokkan-Preis für International Vergleichende Sozialforschung ausgezeichnet).

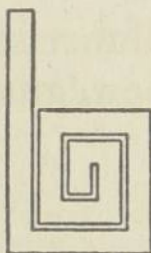
Wolfgang Beywl, M. A., geb. 1954; Studium der Sozial- und Erziehungswissenschaften in Bonn; seit 1977 aktionsforscherisch im Bereich Protest- und Alternativbewegungen tätig (Seminar für politische Wissenschaft der Universität Bonn); 1982 Gründung und Aufbau eines selbstverwalteten Tagungshauses in Bonn-Grau Rheindorf; seit Jahresbeginn Freier Wissenschaftler und Evaluator in Brühl.

Veröffentlichungen u. a.: (mit Wilfried Nelles) Selbstorganisation. Handlungsperspektiven für Verbraucher, Frankfurt 1984 (im Erscheinen).

Hartmut Brombach, M. A., geb. 1956; Studium der Sozial- und Geschichtswissenschaften in Bonn; arbeitete von 1980 bis 1982 in der Studiengruppe Partizipationsforschung am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn an der empirischen Erforschung alternativer Verbraucherorganisationen mit; führt gegenwärtig (mit Wolfgang Beywl und Matthias Engelbert) eine Untersuchung über alternativ-ökonomische Projekte in Nordrhein-Westfalen durch; forschende Tätigkeit auf dem Gebiet der Alternativpublizistik seit 1979.

Veröffentlichung (mit Wolfgang Beywl): Anmerkungen zu einer Theorie der Alternativpresse, in: Publizistik 4/82, S. 551—569.

Ulf Fink, Diplom-Volkswirt, geb. 1942, Studium der Volkswirtschaft in Marburg, Hamburg und Bonn; nach verschiedenen Tätigkeiten im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und in der CDU-Bundestagsfraktion von 1973 bis 1977 Leiter der Planungsgruppe für Gesellschaftspolitik im Rheinland-Pfälzischen Ministerium für Gesundheit und Sport; 1977 bis 1979 Hauptabteilungsleiter Politik in der Bundesgeschäftsstelle; von 1979 bis Mai 1981 Bundesgeschäftsführer der CDU; seit Juni 1981 Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Berlin.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/4604-0, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Demokratie, Wohlfahrtsstaat und neue soziale Bewegungen

Der Beitrag des Parteienwettbewerbs und der Regierungspolitik zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen

I. Fragestellung

Woher kommen die „neuen sozialen Bewegungen“? Wie kann erklärt werden, daß in der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren zum Beispiel die Anti-Kernkraft-, die Ökologie-, die Friedens- und die Frauenbewegungen entstanden und rasch angewachsen sind und bald vielen Politikern das Fürchten lehrten? In der fachwissenschaftlichen und politischen Diskussion wird mit einer Vielzahl unterschiedlicher Erklärungsvorschläge gehandelt¹⁾. Als gemeinsamer Nenner zeichnet sich ab, daß man die neuen sozialen Bewegungen als Produkte von ökonomisch reichen, liberaldemokratischen, staatsinterventionistisch regulierten Industriegesellschaften begreifen kann. Auch liegt auf der Hand, daß eine rasche Modernisierung, die Auflösung traditioneller Bindungen, sich rasch ausweitende Prozesse der Kommerzialisierung und der staatlichen Regulierung, sichtbarer werdende Kosten des Wirtschafts- und Staatswachstums und ein — durch den relativen Wohlstand mitbedingter — Wandel von Werten und politischen Beteiligungsformen die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen begünstigt haben. Schließlich liegt es auch nahe, in der „etablierten Politik“ — sowohl in ihren Spielregeln und Willensbildungsprozessen („politics“) als auch in ihrer Regierungspraxis („policy“) — eine der Ursachen für die neuen Bewegungen zu sehen. Immerhin richtet sich deren Protest vehement auch gegen jene.

*) Die Daten und Tabellen, die in diesem Beitrag präsentiert werden, basieren zum Teil auf Untersuchungen, die vom Kölner Zentralarchiv für empirische Sozialforschung zugänglich gemacht wurden. Die Daten für die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus 1982)“ (Projektleitung M. R. Lepsius, E. K. Scheuch, R. Ziegler) wurden zwischen Februar und Mai 1982 von GÉTAS, Bremen, erhoben und vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Herrn G. Nold vom Rechenzentrum der Universität Konstanz danke ich für die Hilfe bei meiner Arbeit mit den Computern. Weder die vorgenannten Personen und Institute noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

¹⁾ Vgl. z. B. J. Raschke, Politik und Wertwandel in den westlichen Demokratien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36/80, S. 23—45; K.-W. Brand, Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale, Opladen 1982; M. Wissmann/R. Hauck (Hrsg.), *Jugendprotest im demokratischen Staat*. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Stuttgart 1983; Für die Grünen vor allem die Analyse von W. P. Bürklin, Die Grünen und die ‚Neue Politik‘. Abschied vom Dreiparteiensystem?, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22 (1981), S. 359—382; für die Friedensbewegung G. Schmid, Zur Soziologie der Friedensbewegung und des Jugendprotests, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 24/82, S. 15—30. Zentral für die Wertwandel-These R. Inglehart, Post-Materialism in an Environment of Insecurity, in: *American Political Science Review*, 75 (1981), S. 880—900, und ders., Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 24 (1983), S. 139—165, und für die These der Ausweitung politischer Beteiligungsformen S. H. Barnes/M. Kaase et al., *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills—London 1979.

Um den Zusammenhang zwischen der „etablierten Politik“ (im Sinne von „politics“ und „policy“ im Regierungs- und Parteiensystem) und dem neuen Protestpotential geht es in diesem Beitrag. Die leitende Fragestellung lautet: In welchem Ausmaß und auf welche Weise sind die Verfahren und die Ergebnisse der „etablierten Politik“ ursächlich für das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen verantwortlich?

Daß ein Zusammenhang zwischen beiden Größen besteht, liegt auf der Hand. Wie er beschaffen ist — in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht — ist strittig. Die Ansichten gehen auseinander²⁾. Sie reichen von der

²⁾ Vgl. z. B. B. Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart u. a. 1980; J. Hirsch, Der Sicherheitsstaat. Das Modell Deutschland, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt/M. 1980, S. 124f., S. 127, S. 159; J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt/M. 1981, S. 576 ff.; P. Bürklin, a. a. O. (Anm. 1); Infratest Wirtschaftsforschung, Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus, Stuttgart u. a. 1980; H. Abromeit, Parteiverdrossenheit und Alternativbewegung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 23 (1982) 2, S. 178—198.

These des „Partei- und Staatsversagens“ bis hin zu zivilisationskritischen Thesen, in denen der etablierten Politik die untergeordnete Rolle eines passenden (aber durchaus austauschbaren) Anlasses für den Protest zukommt. Sehen z. B. die einen die Verantwortung der Parteien und der Regierungen darin, daß sie zu wenig Reformen, Phantasie und Sinn, aber zuviel Beton, Polizei und Atom und vor allem ein Übermaß an Etatismus geschaffen haben, so verorten andere die Schuld der Regierungen vor allem in einem Übermaß an Reformen und Wohlfahrtsstaatlichkeit, das die Wirtschaft überlastet und die individuelle Verantwortungsbereitschaft untergraben habe. Andere Autoren wiederum sehen in einer politisch verursachten oder zumindest tolerierten Verelendungstendenz die eigentliche Ursache für die neuen sozialen Bewegungen: die offensichtliche Unfähigkeit oder Unwilligkeit, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen; die Inkaufnahme einer Spaltung der Gesellschaft in den sozial gesicherten Kern und die sozial ungesicherte Peripherie werden hier an erster Stelle genannt. Wieder anderen Ansichten zufolge liegt der eigentliche Beweggrund in der ökonomischen und sozialen Modernisierung, an der die etablierte Politik zwar lautstark, aber keineswegs vorrangig mitgewirkt habe. Die Modernisierung habe traditionelle Bindungen aufgelöst, private Lebensbereiche bedroht, Individuen durch vielfältige nichtmaterielle Deprivationen (subjektiv als relative Benachteiligung empfundene Zustände) überlastet und indirekt oder direkt zum neuen Protest beigetragen.

Die Debatte um die politischen Ursachen der neuen sozialen Bewegungen ist keineswegs nur akademischer Natur, sondern auch poli-

II. Neue soziale Bewegungen

Zum Kern der neuen sozialen Bewegungen gehören die Anti-Atomkraft-, die Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung sowie eine Vielzahl von alternativen Bewegungen⁴⁾. Trotz der Unterschiedlichkeit und der Vielfalt der Formen haben die Anhänger dieser Bewegungen grundlegende Wertorientierungen gemeinsam. Neue soziale Bewegungen repräsentieren eine spezifische Form des kollekti-

³⁾ Vgl. z. B. die Interpretation der Befunde einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung bei H. Rühle, Der Schrumpfungsprozeß der SPD — oder: Die Trendwende ist da, in: FAZ Nr. 177 v. 4. 9. 1982, S. 9:

tisch höchst folgenreich. Wenn nämlich die neuen sozialen Bewegungen in erster Linie ein Produkt des „Staats- und Parteiversagens“ wären, dann liegen eindeutige Handlungsfolgerungen nahe. Sie lassen sich so formulieren: Wenn Du den neuen sozialen Bewegungen (auf nicht-repressive Weise) den Boden unter den Füßen wegziehen willst, dann ändere (sofern Du es kannst) diejenigen Merkmale der „etablierten Politik“, die den neuen Protest entstehen ließen. Das ist — salopp formuliert — diejenige Handlungsfolgerung, die am interessantesten für die SPD ist³⁾. Die für die CDU/CSU lukrative Handlungsfolgerung wäre spiegelbildlich zur ersten: Wenn Du die neuen sozialen Bewegungen weiterhin haben willst (und damit die sozialdemokratische Konkurrenz zuverlässig bei etwa 40% der Stimmen halten willst), dann behalte diejenigen Aspekte der „etablierten Politik“ bei, die für das Entstehen der neuen Protestbewegung verantwortlich sind — sofern Nebenwirkungen anderer Art tragbar sind. Anders sehen die Handlungsempfehlungen und -chancen aus, wenn sich erweisen sollte, daß die „etablierte Politik“ nicht oder nicht vorrangig für die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen verantwortlich ist. Dann kann durch eine Änderung der Politik wenig bewirkt werden. Dann wäre auch für die Existenz und Entwicklungsdynamik der neuen Protestbewegung relativ unerheblich, welche Politik von den Regierungen und den Parteien betrieben wird.

Die in diesem Beitrag präsentierte Antwort auf die leitende Fragestellung basiert auf einer Sekundäranalyse von fachwissenschaftlicher Literatur, Umfragen und insbesondere auf einer eigenen Auswertung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus 1982)“.

ven Protestes gegen bestehende Lebensverhältnisse und Verfahren und Ergebnisse der politischen Willensbildung und Konfliktregulierung. Es sind Bewegungen, die meist nicht formal organisiert sind, keine geregelte Mit-

„Es scheint . . . als löse sich das historische Bündnis von Sozialisten und Sozialdemokraten, das die SPD über die 40-Prozent-Grenze geführt hat, unter dem Druck wirtschaftlicher Probleme und eines ‚postmateriellen Utopismus‘ auf“.

⁴⁾ Als Annäherungsindikator für die Erfassung der Anhänger (im Sinne von potentiellen Aktivisten) der neuen sozialen Bewegungen bietet sich die bei Wahlbefragungen geäußerte Absicht an, die Grünen zu wählen.

Tabelle 1: Soziale Zusammensetzung der Grünen Wählerschaft im Vergleich zur Wählerschaft von CDU, SPD und FDP¹⁾

Variable	Merkmalsausprägungen	Von jeweils 100 Wählern der jeweiligen Partei sind x% aus der in der linken Spalte aufgeführten Gruppe			
		GRÜNE	CDU ⁴⁾	SPD	FDP
Alter:	18—29jährige	56%	14%	19%	18%
	30—44jährige	36%	28%	28%	34%
	45—59jährige	7%	28%	24%	29%
	60 Jahre und älter	7%	30%	29%	19%
		100%	100%	100%	100%
Schulabschluss	Abitur oder Fachhochschulreife	33%	12%	10%	23%
	Mittlere Reife	32%	23%	16%	26%
	Volksschule oder kein Abschl.	35%	65%	74%	51%
		100%	100%	100%	100%
hauptberufliche Erwerbstätigkeit	Schüler/Student	22%	4%	4%	4%
	Arbeitslose	6%	2%	3%	0%
	Erwerbstätige (Voll u. Teil)	52%	50%	46%	56%
	Hausfrau/Hausmann	10%	19%	20%	21%
	Rentner/Pensionäre	6%	23%	24%	13%
	Sonstige	4%	2%	3%	6%
	100%	100%	100%	100%	
Familienstand	ledig	52%	15%	13%	15%
	geschieden	4%	4%	4%	5%
	verheiratet	41%	66%	66%	69%
	verwitwet	3%	17%	17%	10%
		100%	100%	100%	100%
Konfessionszugehörigkeit	keine	21%	3%	9%	9%
	evangelisch	44%	42%	56%	56%
	katholisch	34%	54%	34%	34%
	sonstige	1%	1%	1%	1%
		100%	100%	100%	100%
Wichtigkeit der religiösen Erziehung ²⁾	gering	28%	11%	17%	17%
	mittel	51%	46%	62%	53%
	groß	21%	43%	21%	30%
		100%	100%	100%	100%
Wertorientierung ³⁾	Reine Postmaterialisten	35%	1%	5%	7%
	Gemischte	62%	83%	86%	85%
	Reine Materialisten	3%	16%	9%	8%
		100%	100%	100%	100%
links-rechts ⁴⁾	Linke	29%	1%	17%	7%
	Mitte	60%	61%	74%	85%
	Rechte	11%	38%	9%	8%
		100%	100%	100%	100%
Gewerkschaftsmitgliedschaft	DGB- oder DAG-Mitglied	33%	17%	37%	21%
	nicht gewerkschaftl. organisiert	67%	83%	63%	79%
		100%	100%	100%	100%

Anmerkungen zu Tabelle 1:

¹⁾ Eigene Berechnungen aus der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (1982)“. Wahlabsichtsfrage, 2991 Befragte vom März bis Mai 1982. Von den 2499 Befragten, die ihre Wahlabsicht äußerten, entfielen 8,6% auf die GRÜNEN, 45,5% auf die CDU, nur 27,4% auf die SPD (eine starke Abweichung zum Wahlergebnis 1983) und 10,9% auf die FDP. Die Spaltensummen von 100% in der Tabelle 1 stehen deshalb — von wenigen Abweichungen abgesehen — für 216 Grüne Wähler, 1137 CDU-Wähler, 685 SPD-Wähler und 272 FDP-Wähler.

²⁾ Elfer-Skala von 0 bis 10. Geringe Rolle = Skalenwerte von 0 bis 2, mittlere Rolle = Skalenwerte von 3 bis 7 und große Rolle = Skalenwerte von 8 bis 10.

³⁾ „Reine Post-Materialisten“ sind solche, die sowohl bei „weichen“ wie bei „harten“ Post-Materialismus-Fragen jeweils die nicht-materiellen Ziele als die beiden wichtigsten wählten. „Reine Materialisten“ sind solche, die bei beiden Fragetypen jeweils die zwei materiellen Ziele als die wichtigsten angaben. Alle anderen Kombinationen wurden als „gemischte Wertorientierungen“ eingestuft.

Bei den „weichen“ Fragen wurden die Befragten gebeten, die zwei für die persönlich wichtigsten Ziele aus insgesamt vier Zielen auszuwählen (per 1. und 2. Nennung): „Verstärktes Mitspracherecht der Menschen am Arbeitsplatz und in den Gemeinden“, „Versuche, unsere Städte und ländlichen Gebiete zu verschönern“, „Erhaltung eines hohen Grades von wirtschaftlichem Wachstum“ und „Sicherung von starken Verteidigungskräften für dieses Land“ standen hier zur Auswahl. Bei den „härteren“ Fragen wurden vier Ziele zur Auswahl vorgegeben: „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land“, „Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“, „Kampf gegen steigende Preise“ und „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“.

Reine Post-Materialisten nach unserer Definition wählten demnach die Ziele Mitsprache/Städte verschönern und mehr Einfluß und Meinungsfreiheit und reine Materialisten demgegenüber „Wachstum“/„Verteidigung“ und „Ruhe und Ordnung“/„Kampf gegen steigende Preise“.

⁴⁾ Basiert auf den Selbsteinstufungen der Befragten auf einer Zehnerskala von 1 bis 10. „Linke“ = Skalenwerte von 1 bis 3, „Mitte“ = Skalenwerte von 4 bis 7 und „Rechte“ = Skalenwerte von 8 bis 10.

⁵⁾ In Bayern CSU

gliedschaft aufweisen und eher auf organisatorisch locker zusammengefügt identitätsstiftenden Gruppen außerhalb der etablierten politischen Institutionen beruhen und die die Motive ihrer Anhänger möglichst unmittelbar zum Ausdruck zu bringen versuchen. Ihre Motive und Ziele stellen nicht auf dasjenige ab, was die klassische soziale Bewegung — die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts — charakterisierte: die Aufhebung der „capitallosen Arbeit“ (Lorenz von Stein). Ihnen geht es auch nicht vorrangig um die Verteilung von Wachstumsdividenden der industriell-kapitalistischen Entwicklung. Im Kern stehen vielmehr die Verteidigung, Rettung oder Rückeroberung von Lebensformen, Politikformen und -inhalten, die weitgehend frei von Zentralisierung, Hierarchie, bürokratischer Rationalisierung und Kommerzialisierung sind, im Vordergrund. Die Forderungen, Ziele und politischen Stile der neuen Protestbewegungen liegen zu einem guten Teil quer zu denjenigen Achsen, die bislang den politischen Raum der westlichen Industrieländer kennzeichneten: Links-Rechts-Dimensionen, religiöse Spannungslinien und Konfliktlinien zwischen Stadt und Land. Sie liegen auf einer Dimension, die bisweilen als „neue Politik“ — im Gegensatz zur „alten Politik“ —, bisweilen als „Establishment-Anti-Establishment-Achse“ oder auch als Spannung zwischen „materialistischen“ und „postmaterialistischen Werten“ bezeichnet wird⁵⁾. Neue soziale Bewegungen zeichnen sich darüber hinaus auch im Regelfall durch einen spezifischen Stil der politischen Beteiligung aus. Sie verfügen über ein größeres Repertoire an Beteiligungsformen, über konventionelle (z. B. Abfassung von Petitionen) ebenso wie über unkonventionelle (z. B. Demonstrationen, Sit-ins, kalkulierte Regerverletzungen). Schließlich haben sie auch eine starke Abneigung gegenüber einer Politik, die von oben, technokratisch und bürokratisch und ohne basisdemokratische Fundierung und Rückkoppelung erfolgt.

⁵⁾ R. Inglehart (1981), a. a. O. (Anm. 1); R. Inglehart (1983), a. a. O. (Anm. 1); P. Bürklin (1981), a. a. O. (Anm. 1).

Der zentrale Unterschied zwischen den neuen und den älteren Protest-Bewegungen liegt eher in den Motiven, Zielen und Mitteln und weniger in der sozialen Zusammensetzung. Bei der sozialen Zusammensetzung der neuen Bewegungen gibt es manche Parallelen zu jüngeren Aktiven in Parteien und Verbänden oder auch zu älteren Bewegungen, wie etwa zur britischen Campaign for Nuclear Disarmament und zu den Bürgerinitiativen der endsechziger und frühen siebziger Jahre⁶⁾. In der Anhängerschaft sind jüngere Altersgruppen (bis etwa 30—35 Jahre), Städter, vor allem Jüngere mit höherer Ausbildung und auch die Humandienstleistungsberufe aus dem Bildungs- und Sozialwesen deutlich stärker vertreten. Die Arbeiterschaft und der alte Mittelstand (mit Ausnahme derjenigen, die von Industrialisierungs-, Verkehrs- und Energieprojekten unmittelbar betroffen sind) hingegen sind stark unterrepräsentiert (vgl. Tabelle 1). In einem weiteren Punkt sind freilich die Unterschiede zwischen den neuen und den älteren Bewegungen und auch den Parteien offenkundig. Während diese die Organisation der „Gebundenen“ sind, repräsentieren jene eher „Bindungslose“. Hier finden sich häufig diejenigen, die ledig, konfessionslos oder jedenfalls nicht in religiös gefärbte Milieus integriert, ohne stabile Parteiidentifikation, mobil und mobilitätsfreudig und oftmals in der Ausbildung — im „Zwischenland“ der Nach-Jugendphase — befindlich sind. Hier finden sich auch diejenigen — vor allem gilt das für die Altersgruppen bis zum 24. Lebensjahr —, die sich auffällig oft weigern, typische Erwachsenenrollen anzunehmen oder deren Übernahme so lange wie möglich hinauszuzögern versuchen⁷⁾.

⁶⁾ Vgl. z. B. F. Parkin, *Middle Class Radicalism*, Manchester 1968, und die Befragungsergebnisse bei R. Wildenmann, Immergrün, in: *Capital*, (1980) 3, S. 85—89; M. Küchler, 18 bis 35 + Abitur = Aktivgruppe, in: *Der Spiegel*, (1981) 48, S. 65—70; Emnidinformationen, (1981) 6—7, P. Bürklin (1981), a. a. O. (Anm. 1); E. Noelle-Neumann, Linksgewirkt, in: *Capital*, (1982) 9, S. 109—118; G. Schmid (1982), a. a. O. (Anm. 1).

⁷⁾ *Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*, Bd. 1, Leverkusen 1982, S. 674—691.

III. Unzufriedenheit mit der „Etablierten Politik“ oder: Der neue rationale Wähler läßt grüßen

Die Diskrepanzen zwischen den Politikzielen, -formen und -inhalten der neuen sozialen Bewegungen und denjenigen der „etablierten Politik“ sind groß. Insofern ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Anhänger der „neuen Politik“ mit dem Angebot der „alten Politik“ unzufrieden sind. Sie sind mit der Politik der Regierung meist nicht einverstanden, sind von Staat und Parteien enttäuscht und haben ein geringes Vertrauen in die Problemlösungskapazität der etablierten Parteien. Sie weisen ein größeres Maß an subjektiv empfundener politischer Benachteiligung auf als viele andere Wählergruppen. Das gilt insbesondere für Fragen sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit und für langfristige Lebensfragen wie Umwelt, Atomenergie und Rüstungsdynamik⁸⁾.

Politische Unzufriedenheit gibt es jedoch nicht nur bei den Anhängern der neuen sozialen Bewegungen, sondern auch bei zahlreichen CDU-, SPD-, FDP oder DKP-Wählern. Sie erklärt demnach nicht für sich allein den neuen Protest. Darüber hinaus lassen Momentaufnahmen der politischen Unzufriedenheit nicht ohne weiteres auch Schlußfolgerungen über ihre Bestimmungsfaktoren zu.

Die Anhänger der „neuen Politik“ sind vielmehr für unterschiedlichste Interpretationen offen. Zum Beispiel könnte die Unzufriedenheit mit der „etablierten Politik“ eine Ursache der Protestbereitschaft sein. Denkbar wäre jedoch auch, daß die politische Unzufriedenheit Folge einer vorgängig erworbenen Protestbereitschaft ist, oder daß beide Variablen ihrerseits von anderen Größen abhängig sind. Eine abgesicherte Interpretation würde Panel-Studien (Untersuchungen der gleichen Befragtengruppe zu mehreren Zeitpunkten) und Analysen individueller Lebensverläufe vor-

aussetzen. Weil derartige Untersuchungen über neue soziale Bewegungen bislang nicht verfügbar sind, muß man mit Interpretationen vorliebnehmen, die durch Plausibilitätsüberlegungen untermauert sind. Unter dieser Einschränkung sprechen jedoch drei Gründe für die These, daß der neue Protest eine vorgelagerte politische Unzufriedenheit als notwendige (aber nicht hinreichende) Bedingung hat, wobei die politische Unzufriedenheit ihrerseits das Ergebnis eines Bewertungsvorganges ist, dessen Maßstäbe im Sozialisationsprozeß erworben und unter spezifischen Umständen beibehalten und gehärtet wurden. Erstens ist dieses Erklärungsmodell gut vereinbar mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen über politisches Protestpotential⁹⁾. Zweitens bezieht sich die politische Unzufriedenheit der neuen Protestbewegung im großen und ganzen auf reale und seit längerem bestehende Defizite der staatlichen Politik¹⁰⁾. Drittens lassen sich Wähler beim Wahlverhalten in hohem Maße durch retrospektive Bewertungen der konkurrierenden Parteien leiten¹¹⁾. Das gilt für die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen um so mehr, als die meisten politisch relativ gut informiert sind und sich auch als politisch kompetent einstufen. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß die neuen Protestler sich keine oder keine ausgeprägte Parteiidentifikation erworben haben, dann spricht noch mehr dafür, den neuen Protest als Ergebnis einer Bewertung bisheriger Politikangebote und derjenigen,

⁸⁾ Dieser Befund stützt sich auf Erhebungen über — freilich unterschiedlich erfaßte und befragte — Teilpopulationen, die zum Kern oder breiteren Sympathisantenkreis der neuen sozialen Bewegungen gerechnet werden können: Infratest Wirtschaftsforschung, a. a. O. (Anm. 2), S. 72—80 und 185f.; E. Noelle-Neumann, NATO-Nachrüstung. Breite Mehrheit, in: *Capital*, (1981) 8, S. 87—94; E. Noelle-Neumann (1982), a. a. O. (Anm. 6); *Der Spiegel*, (1978) 24, und (1982) 25 (Umfrage zur FDP und zu neuen Protestparteien); *Der Spiegel*, (1981) 48, (1981) 49, (1981) 50 (Umfrage zur Auseinandersetzung um Frieden und Rüstung); G. Schmid, a. a. O. (Anm. 1); S. Barnes/M. Kaase, a. a. O. (Anm. 1), S. 404—448; sowie eigene Auswertungen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage 1982 im Hinblick auf die Einstellungen zur Verteidigungs- und Sozialausgabepolitik.

⁹⁾ Z. B. F. Parkin, a. a. O. (Anm. 6); St. Cotgrove/A. Duff, Environmentalism, Middle-Class Radicalism and Politics, in: *Sociological Review* (1980), S. 333—351, und dies., Environmentalism, values, and social change, in: *British Journal of Sociology*, 32 (1981), S. 92—110; R. Inglehart (1981), a. a. O. (Anm. 1); S. Barnes/M. Kaase, a. a. O. (Anm. 1); *Infratest Wirtschaftsforschung*, a. a. O. (Anm. 2).

¹⁰⁾ C. Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen im Spätkapitalismus, in: G. Kress/D. Senghaas (Hrsg.), *Politikwissenschaft*, Frankfurt 1982, S. 135—164; N. Watts/G. Wandesforde-Schmith, Postmaterial Values and Environmental Policy Change, in: D. E. Mann (Ed.), *Environmental Policy Formation*, Lexington (Mass.)—Toronto 1981, S. 29—42; M. G. Schmidt, CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt—New York 1980; G. Schmid (1982), a. a. O. (Anm. 1); J. Raschke (1982), a. a. O. (Anm. 1).

¹¹⁾ Vgl. neuerdings insbesondere M. P. Fiorina, *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven and London 1981. Fiorina zufolge sind kumulierte retrospektive und aktuelle Bewertungen maßgebend für die zukünftigen Erwartungen und letztlich ausschlaggebend für das politische Wahlverhalten.

die für die Zukunft erwartet und als wünschenswert angesehen werden, zu interpretieren. Die neuen sozialen Bewegungen könnten mit diesem Modell als eine Bewegung von —

im weiteren Sinne — „rationalen Wählern“ begriffen werden, die sich von alteingesessenen Händlern abwenden und eigene, neue Marktstände aufbauen.

IV. Woher kommen die Bewertungsmaßstäbe der neuen sozialen Bewegungen?

Daß die „etablierte Politik“ an den Meßblättern der neuen sozialen Bewegungen scheitert, ist nicht verwunderlich. Woher kommen aber diese Meßblätter? Und warum legt die große Mehrheit der Wähler offenbar ganz andere Meßblätter an, wenn sie die Politik beurteilt? Unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe können nicht allein durch die Eigenschaften der zur Beurteilung anstehenden Objekte erklärt werden. Mithin erklären auch die Defizite der „etablierten Politik“ nicht aus sich heraus die neuen Protestpotentiale.

Nun gibt es in der neueren sozialwissenschaftlichen Diskussion eine Reihe von Ansätzen, mit denen man eine Lösung des Rätsels wagen könnte. Der bekannteste Ansatz ist sicherlich derjenige, demzufolge die neuen sozialen Bewegungen ein Symptom einer neuen Präferenzordnung von Werten seien. „Post-materialistische Werte“ (wie z. B. Lebensqualität, saubere Umwelt, Mit- und Selbstbestimmung) haben bei denjenigen, die in der Nachkriegszeit aufgewachsen sind und die über eine höhere Bildung verfügen, weit aus mehr Gewicht als „materialistische“ Wertorientierung (wie z. B. Wirtschaftswachstumsargumente, Orientierungen an sozialer und politischer Stabilität). Folgt man den bisherigen Analysen, dann ist die Wertwandel-These mit den meisten Befunden über Zusammensetzung und Ideologie der neuen sozialen Bewegungen einigermaßen vereinbar.

Die meisten Autoren haben sich bei der Erklärung des neuen Protestes mit einem Drei- oder Vierklang und mit mehr oder minder bedeutsamen Prozentsatzdifferenzen begnügt. Alter bis etwa 30/35 Jahre, Bildung, Postmaterialismus, Humandienstleistungsberuf — das sind die (in verschiedenen Kombinationen zusammengeführten) Variablen zur Erklärung des Protestes. Das ist freilich ein wenig befriedigender Abschluß — sowohl hinsichtlich der Größe der Prozentsatzdifferenzen wie auch im Hinblick auf die inhaltliche Bedeutsamkeit der Differenzen. *Immerhin ist ja augenfällig, daß ein großer Teil derjenigen Befragten, die dieselben drei oder vier Merkmalsausprägungen wie die Anhänger der neuen sozialen Bewegungen aufweisen, Sym-*

pathien und Verhaltensweisen an den Tag legen, die nichts — aber auch gar nichts — mit dem neuen Protest zu tun haben. Eine Auswertung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage 1982 mag das verdeutlichen (vgl. die Tabelle 2). Fast alle „Materialisten“ und auch die Mehrzahl derjenigen mit „gemischter Wertorientierung“ stimmen für eine der alteingesessenen Parteien, während 46% der Postmaterialisten zu den Grünen neigen. Freilich ist das noch kein besonders aufregender Zusammenhang; denn knapp die Hälfte der Postmaterialisten geben ihre Stimme nicht den Grünen, sondern einer der „etablierten“ Parteien¹²⁾. Zwar zeigt die Tabelle deutlich, daß die neuen sozialen Bewegungen überdurchschnittlich viel Zulauf von Jüngeren, von besser Ausgebildeten, Schülern und Studenten, Ledigen, konfessionell nicht Gebundenen und Geprägten, von Postmaterialisten und zur Linken Tendierenden erhalten. *Etwa 20 bis 30 Prozent der Angehörigen dieser Gruppen sind jeweils zu den neuen sozialen Bewegungen zu rechnen. Das heißt freilich aber auch, daß 70 bis 80 Prozent dieser angeblichen „Kerntruppen“ des neuen Protestes sich ganz anders orientieren, als die Modelle zur Erklärung des Protestes vorhersagen — nämlich an den „etablierten“ Parteien.*

Natürlich kommt man dann zu besseren „Trennfähigkeiten“, wenn man mehrere Erklärungsfaktoren kombiniert. Zu Friedensbewegungen tendieren beispielsweise immerhin 40 Prozent derjenigen, die jung sind und über eine mittlere oder hohe Ausbildung verfügen¹³⁾. Wie Tabelle 2 zeigt, ist das Potential für die neuen sozialen Bewegungen dort am größten, wo lange Ausbildung, ein Alter bis etwa 30 oder 35 Jahre und eine postmaterialistische Wertorientierung zusammenkommen. 40 bis 60 Prozent der Befragten mit diesen Merkmal-Kombinationen rechnen sich zu den

¹²⁾ Bei den „weichen Postmaterialisten“ (vgl. Anm. 3 zu Tabelle 1) stimmen sogar nur 22% für die Grünen, 29% aber für die CDU, 25% für die SPD, 12% für die FDP und 11% wählen nicht. (Berechnet aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften [Allbus 1982]).

¹³⁾ M. Küchler, a. a. O. (Anm. 6).

Tabelle 2: Soziale Gruppen und ihre Neigung zu neuen sozialen Bewegungen¹⁾ zur CDU^{a)}, SPD und FDP und zum Nicht-Wählen

Merkmal	von 100 Befragten der jeweiligen Gruppe wählen (in %)					Zahl der Befragten	
		GRÜNE	CDU	SPD	FDP	nicht sonst.		
Alle Befragten ²⁾		8,6	45,5	27,4	10,9	6,8	0,7	2 499
1. Alter	18—29 Jahre	24	31	26	10	8	1	505
	30—44 Jahre	9	45	27	13	7	0	723
	45—59 Jahre	3	52	27	13	4	1	660
	60 Jahre u. älter	2	52	30	8	8	0	671
2. Bildung (Schul- abschluß)	Abitur o. Fachhochschulreife	20	36	20	17	6	1	357
	Mittlere Reife	13	47	20	13	7	0	545
	Volksschule	4	47	32	9	7	1	1 563
	Keinen Abschluß ³⁾	21	35	24	3	17	0	29 ³⁾
3. Hauptberuf- liche	Schüler/Studenten	33	30	18	8	9	2	144
	Arbeitslose ³⁾	21	31	31	2	12	3	58 ³⁾
Erwerbs- tätigkeit	Erwerbstätige ⁴⁾	9	47	26	13	5	0	1 220
	Hausfrauen/-männer	5	46	30	12	8	0	469
	Rentner/Pensionäre	2	51	32	7	8	0	516
4. Familien- stand	ledig	25	37	20	9	9	0	457
	geschieden	8	41	25	12	13	1	112
	verheiratet	6	48	29	12	5	0	1 562
5. Konfessions- zugehörigkeit	keine	24	19	33	12	10	2	191
	evangelische	8	40	32	13	7	0	1 191
	katholische	7	54	22	9	5	3	1 074
6. Wichtigkeit der religiösen Erziehung ⁵⁾	gering	16	32	30	12	10	0	374
	gemäßigt	9	41	32	11	7	0	1 289
	groß	6	60	19	10	5	0	802
7. Wertorien- tierung ⁶⁾	Reine Postmaterialisten	46	9	21	13	10	1	160
	gemischt	7	46	29	11	7	0	2 030
	Reine Materialisten	2	62	23	8	4	1	281
8. Links- rechts ⁷⁾	Linke	27	7	50	7	8	1	229
	Mitte	8	41	30	13	8	0	1 650
	Rechte	4	75	10	8	2	1	567
9. Bildung und Alter	18—34 Jahre u. Abitur o. Fachhochschulreife	33	25	24	10	8	0	187
	35 Jahre und älter und Volksschule o. keinen Schulabschluß	2	50	32	8	6	2	1 241
10. Bildung u. Alter u. Wert- orientierung	a) 18—34 J. u. Abitur o. Fachhochschulreife u. Postmaterialist ³⁾	57	7	20	8	7	1	60 ³⁾
	b) 35 J u. älter u. Volksschul- o. keinen Abschluß u. Materialist	0	61	27	6	5	1	187
11. Bildung und Jugend und Postmaterialist und links	18—34 J. u. Abitur o. Fach- hochschulreife u. Postmate- rialist u. politisch links ³⁾ wie 10b) und politisch rechts	60	2	27	4	4	3	45 ³⁾
		1	65	24	6	4	0	166

Anmerkungen zu Tabelle 2:

Quelle: Eigene Berechnungen aus der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus 1982)

^{a)} In Bayern CSU.

¹⁾ Operationalisiert als Wahlabsicht für Grüne Partei (Sonntagsfrage) im Bundesgebiet und in West-Berlin.

²⁾ Ohne diejenigen Befragten, die eine Antwort verweigerten (253 Fälle), „weiß nicht“ ankreuzten (217 Fälle) oder keine Angaben machten (4 Fälle). Übrig bleiben 2 449 Fälle.

³⁾ Extrem geringe Zahl von Befragten.

⁴⁾ Voll- und Teilzeit.

⁵⁾ Elfer-Skala von 0 (= keine Rolle) bis 10 (= sehr große Rolle).

Geringe Rolle = Skalenwerte von 0 bis 2,

gemäßigte Rolle = Skalenwerte von 3 bis 7,

große Rolle = Skalenwerte von 8 bis 10.

⁶⁾ Vgl. Anm. 3 zu Tabelle 1.

⁷⁾ Basiert auf den Selbsteinstufungen der Befragten auf einer Zehnerskala von 1 bis 10. „Linke“ = Skalenwerte von 1 bis 3, „Mitte“ = Skalenwerte von 4 bis 7 und „Rechte“ = Skalenwerte von 8 bis 10.

neuen sozialen Bewegungen. Nach den Maßstäben der Zunft verfügt man damit über ein respektables Erklärungsmodell. Ganz zufrieden kann man damit nicht sein. Warum denken und verhalten sich die übrigen 40 bis 60 Prozent aus *derselben Gruppe* denn ganz anders?

Nach Ansicht des Verfassers bieten sich mindestens drei Klassen von Variablen an, um diejenigen Lebensentwürfe, Weltbilder, Bewertungsmaßstäbe und Lebensverläufe nachzuzeichnen, die die Anhänger von neuen sozialen Bewegungen offenbar von den Bürgern anderer politischer Zugehörigkeit unterscheiden:

a) die politische Sozialisation in der Adoleszenz-Phase (Phase zwischen dem Beginn der Pubertät und dem Erwachsenenalter),

b) politische Schlüsselereignisse und

c) die durch die Politik geschaffenen Chancen, in der Post-Adoleszenz-Phase („Nach-Jugend-Phase“) und später in der Berufswelt, alternative soziale Utopias beizubehalten und unter bestimmten Umständen auch erst zu erwerben.

Zu a) Politische Sozialisation in der Adoleszenz-Phase

Was den Einfluß der politischen Sozialisation in der Adoleszenzphase angeht, scheint es lohnend zu sein, an die Cotgrove-Duff-These¹⁴⁾ anzuknüpfen, derzufolge alternative soziale Utopias (im Sinne von Wertorientierungen, die in relativer Distanz zu den herrschenden ökonomischen, politischen und kulturellen Institutionen und Werten stehen) schon früh erworben werden. Das scheint vor allem in denjenigen Familien der Fall zu sein, in denen prägende Erziehungspersonen selber ein soziales Utopia mit relativer Distanz zu Markt, Macht und Hierarchie an die nachfolgende Generation weitergeben¹⁵⁾. Auch scheint plausibel, daß ein Wandel von Erziehungsstilen vor allem in Mittelklassen-Familien zum Tragen kommt. Erziehungsstile, die stärker kinderorientiert, weniger autoritär, mehr auf Entfaltung von kommunikativer Kompetenz und Ich-Stärke gerichtet sind und

¹⁴⁾ St. Cotgrove/A. Duff (1980), a. a. O. (Anm. 9); St. Cotgrove/A. Duff (1981), a. a. O. (Anm. 9).

¹⁵⁾ Vgl. den Nachweis einer hohen Übereinstimmung zwischen politischen Orientierungen von Eltern und Kindern, wobei unter „hoher Übereinstimmung“ nicht eine „identische“, sondern eine Übereinstimmung relativ zum ideologischen Spektrum gemeint ist, das jeweils für Eltern und Kinder zur maßgebenden Umwelt gehört. K. R. Allerbeck/M. Kaase/H. D. Klingemann, Politische Ideologie, politische Beteiligung und politische Sozialisation, in: Politische Vierteljahresschrift, 20 (1979), S. 357—378, und 21 (1980), S. 88—96.

mehr Spiel- und Experimentierzeit vor der Festlegung auf eine Berufsrolle ermöglichen, scheinen zu den Bedingungen zu gehören, die notwendige (aber nicht hinreichende) Voraussetzung für die Entstehung alternativer sozialer Utopias sind¹⁶⁾. Die alternativen sozialen Utopias überlappen sich zum Teil mit demjenigen, was post-materialistische Wertorientierung genannt wird. Bei den ersteren liegt der Akzent stärker auf der relativen Distanz gegenüber den Basisinstitutionen Markt, Macht und Hierarchie, und im Gegensatz zur Wertwandel-These wird nicht unterstellt, daß es alternative Utopias erst seit der Nachkriegsprosperität gebe. Ob und inwieweit solche alternativen sozialen Utopias beibehalten, differenziert und weitergegeben werden, hängt freilich von einer Vielzahl von Bindungen, Freiräumen und Ereignissen im späteren Lebenslauf ab. Die frühe politische Sozialisation determiniert keineswegs spätere Einstellungen und Verhaltensweisen.

Zu b) Politische Schlüsselereignisse

Die politische Sozialisationsthese schließt keineswegs aus, daß Schlüsselereignisse in der Nachjugend- und — wenn auch seltener — in der Erwachsenenphase die früh erworbenen sozialen Utopias beeinflussen, verändern, stärken oder auch schwächen können. Insofern nun die staatliche Politik derartige Schlüsselereignisse geschaffen hat bzw. sie geschehen ließ, hat sie auch dazu beigetragen, eine prinzipiell angelegte Protestbereitschaft wachzuhalten oder zu stärken. Zu derartigen politischen Schlüsselereignissen gehören z. B. bei der älteren Protestbewegung der endsechziger Jahre der Vietnamkrieg, die Tolerierung dieses Krieges durch die Bundesregierungen, die Große Koalition, die Verabschiedung der Notstandsgesetze und später etwa die Praxis des Radikalenerlasses. Welche politischen Ereignisse im einzelnen für die neue Protestbewegung der siebziger Jahre ausschlaggebend waren, ist weniger eindeutig bestimmbar. Immerhin liegt es nahe, den sichtbar werdenden sozialen Kosten der wirtschaftlichen Entwicklung (die Umweltbelastungen und die möglichen Gefahren der Atomenergie zum Beispiel), der oftmals demonstrativ zur Schau gestellten Staatsmacht bei Konflikten mit neuen Protestbewegungen und den Ende der siebziger Jahre sich verschärfenden Ost-West-Beziehungen eine zentrale Rolle zuzuschreiben.

Zu c) Staatliche Politik

Abgesehen von politischen Schlüsselereignissen, waren es vor allem zwei Arten von Politi-

¹⁶⁾ Jugend '81, a. a. O. (Anm. 7), S. 22f., 91—99.

ken, die unbeabsichtigt und ungewollt gleichsam eine Infrastruktur für den neuen Protest bereitstellten — in dem Sinne, daß die staatliche Politik den Trägern alternativer sozialer Utopias Karrierechancen, Raum, Zeit und Organisationsmöglichkeiten eröffnete. An erster Stelle sind hier diejenigen staatlichen Politiken zu nennen, die die Nach-Jugend-Phase als massenhaftes Phänomen etablierten und zugleich eine kollektive Schulung und Organisation unter einem Dach ermöglichten. Ganz offensichtlich spielt hier die Expansion des Bildungswesens seit Mitte der sechziger Jahre eine ganz zentrale Rolle. Die für unsere Frage bedeutsamste Folge der Bildungsexpansion lag in der Verlängerung und Verallgemeinerung der Post-Adoleszenz-Phase und in der Ausweitung von Berufskarrierechancen im Humandienstleistungsbereich. Stärker, länger und für mehr Lernende als je zuvor eröffnete die Bildungspolitik einen vorübergehenden Lebensabschnitt der Post-Adoleszenz, der gekennzeichnet ist durch eine widersprüchliche Koexistenz von ökonomischer Abhängigkeit und Nicht-Selbständigkeit, Nicht-Erwachsenheit auf der einen Seite und einer vergleichsweise hoch entwickelten intellektuellen, moralischen und politischen Kompetenz auf der anderen Seite. Nun führen selbstverständlich Bildung und Post-Adoleszenz nicht aus sich heraus zum neuen Protest. Freilich liegt hier aber die Chance begründet, früher erworbene alternative Utopias zu stabilisieren oder über Gleichaltrige und politische Ereignisse zu erwerben. Die im Bildungswesen geforderten Fähigkeiten, die den Lernenden zur Verfügung stehenden zeitlichen und räumlichen Ressourcen und ferner die durch die Post-Adoleszenz gegebenen Widersprüche stärken tendenziell die Fähigkeit, individuelle Erlebnisse und Probleme zu verallgemeinern und gesellschaftliche und politische Defizite zu lokalisieren. Darüber hinaus erleichtern sie es, politische Kompetenz zu erwerben und Interessen auf breiter Basis zu organisieren. Es sind demnach die Chancen, die die Bildungsexpansion und der Status der Post-Adoleszenz für die Beibehaltung, Differenzierung oder auch den Erwerb von alternativen sozialen Utopias bieten, der uns die Bildungspolitik als einen der historischen Motoren der neuen Protestbewegung einstufen läßt. Damit ist, um es noch einmal zu betonen, keine zwangsläufige Entwicklung, wohl aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit gemeint¹⁷⁾.

¹⁷⁾ Für diese These sprechen auch neuere Befunde aus internationalen Längs- und Querschnittsvergleichen über den Zusammenhang von Bildungspolitik und Protest und Rebellion (T. R. Gurr, On the

Die staatliche Politik hat auf eine zweite Weise gleichsam den Boden für den neuen Protest bereitet bzw. die Chance eröffnet, früher erworbene alternative soziale Utopias beizubehalten: nämlich dadurch, daß die Zahl der Arbeitsplätze und die Karrierechancen im Bereich der Humandienstleistungen (im Bildungs-, Gesundheits-, Sozialarbeits- oder Kommunikationswesen) stark erhöht bzw. erheblich verbessert wurden. Damit wurde denjenigen, die sich ein alternatives soziales Utopia erworben hatten, Berufschancen eröffnet, die die Beibehaltung ihrer Utopias leichter machten. Hierin scheint eine der zentralen unbeabsichtigten Funktionen der Politik zu liegen, die den Wohlfahrtsstaat in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren — und verstärkt seit Mitte/Ende der sechziger Jahre — ausgebaut hat.

Mit diesem Erklärungsmodell kann man im übrigen auch plausibel machen, warum der neue Protest sich häufig aus Gruppen rekrutiert, die besser ausgebildet und im Humandienstleistungsbereich tätig sind. Die Erklärung liegt nicht in der Bildung oder im Beruf an sich, sondern vielmehr darin, daß beide einen ganz bestimmten Typ von Bürgern anziehen — häufig deshalb, weil somit eine relative Distanz zu Markt, Macht und Hierarchie gewahrt werden kann.

Interessanterweise wird demnach die Beibehaltung und Differenzierung von neuen Politik-Utopias durch staatliche Politiken ermöglicht, die aus ganz anderen Motiven entstanden sind und sowohl von CDU/CSU- wie von SPD-geführten Regierungen getragen wurden:

— aus wachstumspolitischen Gründen (vor allem wichtig für die frühe Phase der Bildungsreform),

— aus Versuchen, mehr sozialen Ausgleich entlang der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit zu besorgen (wichtiges Motiv für die Sozialstaats- und Bildungspolitik),

— aus dem Bemühen, religiöse Konfliktlinien zu entschärfen (eines der Motive bei der Bildungsreform, bei der es ja auch um die Eindämmung des „katholischen Bildungsdefizits“ ging¹⁸⁾), und

— aus Anstrengungen schließlich, die Kluft zwischen „öffentlicher Armut“ und „privatem Reichtum“ zugunsten der ersteren zu vermindern.

Outcomes of Violent Conflicts, in: ders. (Ed.), Handbook of Political Conflict, New York-London 1980, S. 182).

¹⁸⁾ K. Erlinghagen, Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland, Freiburg 1964.

Die staatliche Politik wirkt demnach bei der Aufrechterhaltung und Stützung von alternativen sozialen Utopias mit, die dem neuen Protestpotential zugrunde liegen. Sie tut dies freilich in einer Art und Weise, die ganz anders aussieht, als es die linken und rechten Kritiker vermuten. *Nicht das „Politikversagen“ ist die eigentliche primäre Ursache, sondern eher der „Politikerfolg“ bei der Eindämmung von alten Konfliktlinien. Und nicht die Disparitäten zwischen Lebensbereichen sind das eigentlich Wichtige, sondern vielmehr gerade solche Politiken, die diese Disparitäten einzudämmen versuchten. Und schließlich: Nicht der Ausbau des Sozialstaats, der etwa immer mehr Bürger begehrt, faul und lasch mache, ist das Problem, sondern vielmehr der Umstand, daß der Ausbau des Sozialstaats spezifische Qualifikationen für Humandienstleistungen erforderte, und damit gleichzeitig auch Berufskarrieren eröffnete, in denen soziale Utopias mit relativer Distanz zu Markt, Macht und Hierarchie beibehalten werden können.*

In diesem Zusammenhang liegt es nahe, eine dritte Kategorie von staatlicher Politik anzuführen, die unfreiwillig zur Verlängerung der Nach-Jugend-Phase beiträgt und von der man

eine Stärkung des neuen Protestpotentials erwarten könnte: die seit Mitte der siebziger Jahre zunehmende Massenarbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit. Auf den ersten Blick scheint es paradox zu sein, daß die Jugendarbeitslosigkeit bislang jedenfalls nicht zu einer ganz starken Beteiligung am neuen Protest führte¹⁹⁾. Auch blieben bislang eruptionsartige Proteste und Gewaltakte aus. Unser oben skizziertes Erklärungsschema paßt zu diesem Paradox. Zwar wird hier — mehr durch staatliche Nicht-Entscheidung als durch Entscheidung — die Post-Adoleszenz-Phase verlängert und verallgemeinert und darüber hinaus auch psychische und sozialökonomische Not produziert. Freilich trifft das eine Gruppe, die hinsichtlich der sozialen Herkunft und des Qualifikationsgrades sehr heterogen ist, deren Zusammensetzung sich dauernd ändert, die drittens zersplittert ist und nicht „unter einem Dach“ kollektiv geschult wird und sich viertens aus Betroffenen zusammensetzt, die ganz unterschiedliche soziale Utopias haben. Hier erweist sich einmal mehr, daß eine materielle oder immaterielle Verelendung wenig geeignet ist, um aktives Protestverhalten oder zumindest Protestbereitschaft zu erzeugen.

V. Inwieweit haben die Verfahren und Institutionen der politischen Willensbildung zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen beigetragen?

Die „etablierte Politik“ hat nicht nur durch ihre Regierungspraxis zum neuen Protest mit beigetragen, sondern auch durch die Strukturen und Verfahrensregelungen im Willensbildungssystem die Entfaltung und Mobilisierung des neuen Protestes begünstigt.

1. Liberaldemokratische Verfahren

Der Demonstration und der Mobilisierung von Protest stehen in liberaldemokratischen Systemen weitaus mehr Möglichkeiten offen und weniger Barrieren entgegen als in autoritären politischen Ordnungen. Hier liegen die vier institutionellen Schwellen niedriger, die oppositionellen Bewegungen auf dem Weg ins Zentrum der Macht entgegenstehen:

die Schwelle der Anerkennung der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, der Pressefreiheit und des legitimen Rechts auf Kritik und Opposition;

die Schwelle der Eingliederung in das politische System durch die Gewährung gleicher politischer Beteiligungsrechte für ihre Anhänger;

und Institutionen der politischen Willensbildung zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen

die Schwelle der Repräsentation ihrer Interessen im Parlament;

die Schwelle der Ausübung von Regierungsgewalt durch Beteiligung an der Regierung.

Das gilt selbst dann, wenn man einkalkuliert, daß auch liberaldemokratische Systeme ein ganzes Arsenal von Abwehrmaßnahmen bereithalten und bisweilen auch einsetzen, um Protestbewegungen zu kontrollieren. Verbote von extremistischen Parteien, Einschränkungen von Demonstrationsrechten, indirekt oder direkt wirkende Kontrollen (Radikalerlaß) sind einige von vielen anderen Beispielen. In der Regel wirkten jedoch die Kontrollen abweichenden Verhaltens in der Bundesrepublik weniger gegen die neuen Bewegungen (mit Ausnahme der Anti-Kernkraft-Bewe-

¹⁹⁾ Wenngleich unsere Tabelle 2 zeigt, daß jeder fünfte Arbeitslose zum neuen Protest tendiert. Freilich ist die Zahl der befragten Arbeitslosen in diesem Fall sehr niedrig (53 Fälle). Größere Umfragen deuten darauf hin, daß die Arbeitslosen zu 11% die Grünen, zu 53% die SPD und zu 32% die CDU/CSU wählen würden (Stern-Umfrage „Wie die Arbeitslosen wählen wollen“, in: Der Stern, (1983) 9, S. 176—178).

gung) als vielmehr gegen die Überbleibsel der älteren Protestbewegungen.

2. Parteiensystem

Die Bundesrepublik war lange Zeit durch ein alternierendes Drei-Parteiensystem mit „eingebautem“ Koalitionszwang gekennzeichnet. Die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD und die FDP sammelten sich aus naheliegenden Gründen in der Mitte des ideologischen Spektrums; vernachlässigt wurde dabei die zu den Rändern des politischen Spektrums liegenden Präferenzen. Überdies gab es auf der Linken — aufgrund von spezifisch deutschen Bedingungen (Teilung Deutschlands, orthodox-dogmatische Ausrichtung der linken Splitterparteien) — keine attraktive Alternative. Insofern bestanden auch — anders als in ideologisch stärker gestreuten Vielparteiensystemen (wie z. B. in den Niederlanden) — mehr Nischen für neue politische Gruppierungen. Das ist ein Umstand, von dem die Grünen als parlamentarischer Arm der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik sehr viel eher profitieren konnten als ökologische Bewegungen in Ländern mit Vielparteiensystemen. Dort lief die Umsetzung des neuen Protests auf die politische Bühne weniger über neue Parteien, als vielmehr über Kompromisse in älteren Parteien (etwa in Schweden, wo der ökologische Protest Eingang auch in die Zentrumsparterie fand und wo ein weiterer Teil der neuen sozialen Bewegungen sich der kommunistischen Partei eingliederte).

3. Abnutzungserscheinungen bei Regierungsparteien

Ferdinand Müller-Rommel hat in einer Untersuchung über neue Protest- und Umweltparteien gezeigt, daß die neuen Parteien sowohl unter bürgerlichen als auch unter sozialdemokratischen Regierungen entstanden²⁰⁾. Anders als es ein großer Teil der Diskussion in der Bundesrepublik nahelegt, ist der neue Protest demnach weitgehend unabhängig von der politischen Richtung der Regierungen und offenbar auch weitgehend unabhängig davon entstanden, ob sozialdemokratische Regierungen eine Reformpolitik oder eine pragmatische Krisenmanagement-Politik betrieben²¹⁾. Eine wichtige erklärende Variable für neue Protestparteien scheint jedoch in

²⁰⁾ F. Müller-Rommel, 'Parteien neuen Typs' in Westeuropa: Eine vergleichende Analyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13 (1982), S. 369—390.

²¹⁾ Das spricht auch gegen die weitverbreitete Annahme, daß der auffällige statistische Zusammenhang zwischen dem abnehmenden Anteil der SPD-

dem Abnutzungseffekt von Parteien zu liegen, die schon lange regierungsbeteiligt sind. In der Regel sind z. B. in den EG-Ländern Protestparteien vor allem in denjenigen Parteiensystemen mit drei oder mehr Parteien entstanden, in denen die politische Zusammensetzung der Regierungen über längere Zeit hinweg weitgehend konstant blieb.

4. Wahlsystem

Zweifellos hat die 5%-Sperrklausel weitgehend die Erwartungen ihrer Urheber erfüllt: Sie hat kleineren Parteien den Zugang zum Parlament schwer gemacht. Das gilt auch für die — aus den neuen sozialen Bewegungen entstandenen — grünen, bunten und alternativen Listen. Und bis heute wirkt die Sperrklausel so, daß das Anhängerpotential der neuen Protestbewegung auf parlamentarischer Ebene nur teilweise repräsentiert ist. Andererseits ist aber unverkennbar, daß das Verhältniswahlrecht die Chancen für neue Parteien günstiger gestaltet als ein Mehrheitswahlsystem, das z. B. in Großbritannien bewirkt, daß der neue Protest parlamentarisch nicht repräsentiert und damit auch weniger mobilisierungsfähig ist.

5. Bundesstaatliche Struktur

Im Gegensatz zu stark zentralisierten Staatsstrukturen bietet die politische Gliederung der Bundesrepublik vielfältigere Zugangsmöglichkeiten für Parteien, die in neuen Protestbewegungen wurzeln. Die Häufigkeit und zeitliche Streuung der Landtags- und Bundestagswahlen führt zu einem fast auf Dauer gestellten Wahlkampf. Zweifellos hat die Dauerwahlkampf-Atmosphäre zur Folge gehabt, daß die Politik der Regierungen oftmals kurzatmig und auf kurzfristige Wahlerfolge orientiert war. Auf der anderen Seite bietet ein Dauerwahlkampf für neue oppositionelle Bewegungen bessere Chancen. Mit zunehmender Politisierung nimmt die Chance zu, politisch bekannt zu werden. Darüber hinaus fällt manchen Wählern die Stimmenabgabe für eine neue Protestpartei bei Landtags- oder Europa-Wahlen leichter als bei Bundestagswahlen. Daß Landtagswahlen (und im übrigen auch Kommunalwahlen) zugleich Experimentierfeld sind und bisweilen besser signalisieren, wie die Verteilung der politischen Präferenzen aussieht, läßt sich an Hand der Geschichte der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren illustrieren. Parteien, die aus den neuen sozialen Bewegungen ent-

wählenden Jungwähler und der Wende der SPD/FDP-Politik von der Reform zur Krisenverwaltung als ursächlicher Zusammenhang interpretiert werden kann.

standen waren, hatten die ersten Erfolge in Landtagswahlen (Bremen 1979, Baden-Württemberg 1980, Berlin 1981, Hamburg 1982, Hessen 1982, Niedersachsen 1982) und erst später (1983) bei einer Bundestagswahl.

Die bundesstaatliche Struktur und die darin eingelagerte Politikverflechtung hat demnach einen doppelten Effekt für die neuen sozialen Bewegungen gehabt. Einerseits war und ist

sie ein Grund dafür, daß die Politik (im Sinne von „policies“) relativ immobil und innovationsfeindlich ist, was wiederum Anlaß für politische Unzufriedenheit schuf und den neuen Protest nährte. Andererseits bot die bundesstaatliche Struktur einigermaßen günstige Bedingungen dafür, daß der neue Protest sich mobilisierte und parlamentarisch wirksam wurde.

VI. Schlußfolgerungen

Was haben die neuen sozialen Bewegungen und die „etablierte Politik“ miteinander zu tun? Inwieweit und auf welche Weise hat die „etablierte Politik“ zur Entstehung des neuen Protestpotentials beigetragen? Das war die leitende Fragestellung. Als zusammenfassende Antwort könnte man sagen: Die „etablierte Politik“ war ungewollt von erheblicher Bedeutung für die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen. Der „etablierten Politik“ kommt eine „erhebliche Bedeutung“ zu, aber nicht in dem Sinne, daß sie letztendlich ursächlich für die neuen Bewegungen war. Der neue Protest wurzelt — so haben wir argumentiert — in alternativen sozialen Utopias, die lebensgeschichtlich bereits früh erworben werden. Alternative soziale Utopias sind solche, die — im Gegensatz zum „konformen sozialen Utopia“ — eine relative Distanz gegenüber Markt, Macht und Hierarchie beinhalten. Ob derartige Utopias beibehalten und ausdifferenziert werden, hängt von einer Reihe von „intervenierenden Variablen“ ab, die zeitlich vor allem nach der Jugendphase zum Tragen kommen. Zu diesen „intervenierenden Variablen“ gehört auch die „etablierte Politik“. Sie fördert auf unterschiedliche Art und Weise die Herausbildung eines neuen Protestes. Zum Beispiel dadurch, daß sie Anlässe für die ausgeprägte politische Unzufriedenheit schuf, die kennzeichnend für die meisten Anhänger der neuen sozialen Bewegungen ist, und die ihrerseits (zusammen mit hoher politischer Kompetenz und geringem Vertrauen in die politische Führung) ein Faktor ist, der die Protestbereitschaft stärkt. Zum Beispiel auch dadurch, daß die Politik an Schlüsselereignissen beteiligt war, die einer Protestbereitschaft förderlich waren. Schließlich auch dadurch, daß die von den Regierungen verfolgte Politik unbeabsichtigt und ungewollt gleichsam neue Karrierechancen für alternative soziale Utopias bot. An erster Stelle sind hier die Bildungsexpansion und die Ausweitung von wohlfahrtsstaatlich besorgten Humandienstleistungen zu nennen. Und zu guter Letzt waren auch eine Reihe

von Strukturen der politischen Willensbildung der Ausbreitung — und insbesondere der parteiförmigen Organisation des neuen Protests — förderlich: Demokratische Verfahren, Nischen im 2^{1/2}-Parteiensystem, z. T. auch das Wahlsystem, die Häufigkeit und zeitliche Streuung von Landtags- und Bundestagswahlen, der Abnutzungseffekt von schon seit langem amtierenden Regierungsparteien und die dezentralisierte Staatsstruktur sind hier zu nennen.

Die „etablierte Politik“ hat demnach einen — wenn auch vermittelten — Einfluß auf die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen gehabt. Dafür waren nicht nur — wie es zahlreiche Analysen fälschlicherweise suggerieren — die Defizite oder auch die Leistungen der SPD-geführten Regierungen verantwortlich, sondern durchaus auch die Politik der CDU-geführten Regierungen. Ein mehr oder weniger gradueller Unterschied zwischen CDU und SPD ist freilich offensichtlich: Dadurch, daß die SPD-geführten Regierungen noch etwas stärker als CDU-geführte Regierungen die Bildungsexpansion besorgten und den Wohlfahrtsstaat ausbauten, haben sie auch etwas mehr als ihre Konkurrenz zum Entstehen derjenigen Bewegung beigetragen, von deren wahlpolitischem Gewicht die SPD dann 1983 auf unter 40% der Stimmen gedrückt wurde.

Wem der Sinn nach Politikberatung steht, der kann aus dieser Analyse auch einige Konsequenzen ziehen. SPD-Regierungen könnten neue soziale Bewegungen (auf nicht-repressive Weise) nur dann eindämmen, wenn sie einen risikoreichen Politikkurs wählten und beispielsweise die Axt an die Bildungs-, Sozial- und Wachstumspolitik anlegten. Die CDU/CSU könnte sich politisch eine derartige Austeritätspolitik zwar besser als die SPD leisten, sie wäre damit aber schlecht beraten. Sie riskierte nämlich, daß der Unterbau der neuen sozialen Bewegungen sich auflöst, daß alte Konfliktlinien die neuen verdrängen und sie damit zum Wahlhelfer der SPD würde.

Neue Selbstorganisationen

Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung

Gegenstand dieses Beitrags sind „Neue Selbstorganisationen“ im Reproduktionsbereich. Hierunter fallen so verschiedenartige Gruppenzusammenschlüsse wie Bürgerinitiativen bei der Verkehrsplanung und gegen Atomanlagen, autonome Frauenhäuser, Mieterinitiativen, Selbsthilfegruppen von chronisch Kranken, Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der alternativen Ökonomie usw. Es ist bemerkenswert, welch großes politisches Interesse diesen informellen Organisationen in den vergangenen Jahren zugekommen ist, und dieses Interesse scheint eher noch größer zu werden als nachzulassen.

Die Wissenschaft tut sich schwer mit einer eigenständigen Bearbeitung des Gegenstandes. Theoretische Bemühungen ebenso wie empirische Forschungsvorhaben werden jeweils auf Teilbereiche bezogen, die unter aktuellem politischen Problemdruck stehen: Auf die Erforschung der Partizipationsmöglichkei-

ten in städtebaulichen Problemregionen folgte die Erfassung des Bürgerprotestes im Umweltbereich; gegen Ende der Hausbesetzerbewegung wurde nach Möglichkeiten der Selbsthilfe im Wohnungsbau gesucht, wo ebenso wie im Gesundheitssektor erhebliche quantitative und qualitative Mängel offensichtlich geworden waren.

Neuester Problem- und Forschungsschwerpunkt sind die Selbsthilfe Arbeitsloser, unkonventionelle Initiativen für jugendliche Arbeitslose und andere beschäftigungswirksame Selbstorganisationen.

In Unterschied zu den jeweils fachpolitisch begrenzten Studien werden in diesem Beitrag eine übergreifende theoretische Bestimmung der „Neuen Selbstorganisationen“ vorgenommen und Ergebnisse über die quantitative Verbreitung und Verteilung auf unterschiedliche „Handlungsbereiche“ präsentiert.

I. Die Wiederentdeckung der Selbstorganisation durch die Politik

„Was der einzelne für sich entscheiden kann, darf der Staat nicht an sich ziehen.“¹⁾ Mit diesem Satz der Regierungserklärung von Helmut Kohl wurde das Thema Selbstorganisation in den Rang eines zentralen Streitpunktes in der sozialpolitischen Auseinandersetzung gehoben. Die CDU ist auf die anstehenden Debatten gut vorbereitet. Bereits 1975 forderte Heiner Geißler zur Lösung der „Neuen sozialen Frage“ mehr soziales Engagement der Bürger, die „wieder stärker als bisher freiwillige soziale Dienste und Leistungen füreinander erbringen sollen.“²⁾ In Niedersachsen und Berlin stellte die CDU jeweils kurz nach ihrer Regierungsübernahme die Weichen auf Entstaatlichung und Eigeninitia-

tive³⁾. In Programmatik wie Realisierung ist die CDU bei der Förderung informeller Hilfe- und Selbsthilfeaktivitäten in Vorlage gegangen.

Mit ähnlichem Nachdruck setzen sich DIE GRÜNEN für die Selbstorganisation ein. Als eines von vielen Beispielen sei ihr Antrag im Deutschen Bundestag angeführt, ein 100 Millionen DM schweres Sonderprogramm „zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen in selbstverwalteten Betrieben“ einzurichten⁴⁾. „Selbstbestimmung der Betroffenen“ ist für die basisdemokratische Bewegungspartei das ein-

¹⁾ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Programm der Erneuerung. Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 4. Mai 1983, Bonn 1983, S. 62.

²⁾ Dokumente zur Mannheimer Erklärung der CDU, in: H. Geißler, Die neue soziale Frage, Freiburg 1976, S. 155ff.

³⁾ Vgl. die Veröffentlichungen der beiden Sozialminister: B. Breuel, Perspektiven des Aufbruchs, Düsseldorf 1983; U. Fink, Keine Angst vor Alternativen. Ein Minister wagt sich in die Szene, Freiburg 1983.

⁴⁾ Deutscher Bundestag (Hrsg.), Antrag des Abgeordneten Dr. Jannsen und der Fraktion DIE GRÜNEN. Förderung von Ausbildungsplätzen, Bundestagsdrucksache 10/892, Bonn 1984.

⁵⁾ Vgl. die Ausführungen zum Stichwort „sozial“ im Programm der Bundespartei DIE GRÜNEN, in: M. Opielka u. a., Die Zukunft des Sozialstaats, Stuttgart 1983, S. 249.

zig wirksame Mittel „gegen die ökonomische, ökologische und soziale Krise“⁵⁾. Die stärkste Regierungspartei und die kleine Oppositionspartei scheinen sich einig darin, daß in der künftigen Sozialpolitik die Staatstätigkeit der Eigeninitiative nachzuordnen sein wird. Dieser Grundsatz ist die Hauptaussage des in letzter Zeit häufig bemühten „Subsidiaritätsprinzips“: „Was der einzelne aus eigener Initiative und eigener Kraft leisten kann, darf die Gesellschaft ihm nicht entziehen und an sich reißen; ebensowenig darf das, was das kleinere und engere soziale Gebilde zu leisten und zum guten Ende zu führen vermag, ihm entzogen und umfassenderen oder übergeordneten Sozialgebilden vorbehalten werden.“⁶⁾ Obwohl das Subsidiaritätsprinzip in dieser heute gebräuchlichen Formulierung auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“ zurückgeht, 1931 von Papst Pius XI auf Vorschlag des ihn beratenden Jesuiten Gustav Gundlach verbreitet, ist es dem Ursprung nach kein katholisches Prinzip! Vielmehr geht es auf den Republikaner Abraham Lincoln zurück, der es vor 130 Jahren, noch vor seinem Amtsantritt als Präsident der Vereinigten Staaten, nahezu gleichlautend wie Helmut Kohl formulierte: „In all that the people can individually do as well for themselves, government ought not to interfere.“⁷⁾

Die im Subsidiaritätsprinzip enthaltene normative Vorstellung zum Verhältnis von Staat und Individuum bzw. Gemeinschaft ist verschiedensten politischen Ideologien gemein. Durch die akuten ökonomischen und fiskalischen Krisen bedingt, steht es nun im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion. Einer wachsenden Zahl von Politikern — sowohl im konservativen wie im alternativen Spektrum — erscheint die in ihm angelegte Förderung der informellen Hilfeleistungen in Familie und Nachbarschaft bzw. der Selbstorganisation von Betroffenen als Königsweg aus der Krise: „Eine neue politische Strategie müßte zwei Ziele verfolgen. Sie müßte einmal nach Wegen suchen, wie man die Rationalitätsfalle des Sozialstaates überwinden könnte, also fragen, wie man das soziale Netz des Staates strukturell... entlasten könnte. Vor allem aber wäre zu überlegen, wie man das soziale Netz des Staates ergänzen könnte durch ein soziales Netz, das Menschen füreinander knüpfen. Es geht also um eine alternative So-

zialpolitik.“⁸⁾ Der von liberal-konservativen CDU-Politikern beschworene, von Gewerkschaften und SPD angeprangerte Konsens von „Grün und Rechts“⁹⁾ erweist sich bei näherem Hinsehen als brüchig. Erstens bedeutet „Vergemeinschaftung“ bei den Christlich-Sozialen Revitalisierung der (Klein-)Familie, bei den Grün-Alternativen die „Förderung von alternativen sozialen Lebensformen und die Schaffung eines Bewußtseins um die begrenzten Problemlösungsfähigkeiten der ‚modernen‘ Kleinfamilie“¹⁰⁾. Zweitens halten die Konservativen an der Trennung von nutzenmaximierendem Wirtschaftssubjekt und altruistischem Privatmenschen als Leitbild der Sozialpolitik fest. Die Alternativen sehen darin eine gefährliche Fiktion: Tatsächlich hätten Kapital und Staatsmacht die Lebenswelt der Menschen soweit durchdrungen, daß nur noch eine radikale, antikapitalistische und antietatistische Umkehr das Menschliche retten könne.

Die Sozialdemokratie ist mehrheitlich gegen eine Vergemeinschaftung sozialpolitischer Aufgaben; dabei sieht sie über die grundlegenden Differenzen zwischen CDU und GRÜNEN geflissentlich hinweg. Mitte der siebziger Jahre — zeitgleich mit Heiner Geißlers Propagierung der Subsidiaritätspolitik — sah die SPD allein im weiteren Ausbau der öffentlichen Versorgungseinrichtungen eine Zukunftsperspektive: Demokratisierung hieß Beteiligung des Bürgers mittels geregelter Partizipationsverfahren an Entscheidungen der Sozialbürokratie¹¹⁾. Noch fünf Jahre später, trotz der bereits innerparteilich virulenten Kritik (die „Ökosozialisten“ hatten sich für eine „moderne Fassung des Subsidiaritätsprinzips“ und die „Vergemeinschaftung des sozialen Lebens ausgesprochen“¹²⁾), verteidig-

⁸⁾ W. Dettling, Die CDU und die Alternativen — entfernte Verwandte?, in: U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 57; s. a.: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.), Soziale Sicherheit, Bonn 1984, S. 18ff.

⁹⁾ U. Lehmann-Brauns, Verwandte wider Willen — über ihren Umgang und seine Vorbereitung, in: U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 295; M.-L. Weinberger, Seltsame Koalition zwischen rechts und links bei der „Selbsthilfe“, in: Die Neue Gesellschaft, (1984) 1.

¹⁰⁾ M. Opielka, a. a. O. (Anm. 5), S. 295.

¹¹⁾ Vgl. die entsprechenden Passagen im „Orientierungsrahmen '85“ bzw. im „Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm“, beschlossen vom Bundesparteitag der SPD am 14. bis 15. 11. 1975.

¹²⁾ J. Strasser/K. Traube, Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus, Bonn 1981: aktualisiert von K.-J. Scherer und F. Vilmar (Hrsg.), Ein alternatives Sozialismuskonzept. Perspektiven des Ökosozialismus, Berlin (Typoskript des FB Politikwissenschaft der FU Berlin) 1983.

⁵⁾ O. v. Nell-Breuning, Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre, Wien 1980, S. 48.

⁷⁾ Zitiert nach Nell-Breuning, a. a. O. (Anm. 6), S. 49.

ten der Arbeits- und Sozialminister Herbert Ehrenberg und seine Staatssekretärin Anke Fuchs den kaum noch bezahlbaren, mit Funktionsmängel durchsetzten Sozialstaatsapparat gegen die Selbsthilfe: Sie bedeute die Rückkehr zum Zwang der mittelalterlichen Dorfgemeinschaft, könne die anonymen Wohltaten der Sozialbürokratie nicht ersetzen und sei — soweit in alternativen Projekten praktiziert — parasitär, da sie die Segnungen des Sozialstaates ausnutze¹³⁾. Ähnlich unflexibel sind die Gewerkschaften: Noch heute dürfte die Stellungnahme des WSI-Mitarbeiters Gerhard Bäcker gültig sein: Bei aller Anerkennung der von ihnen vorgebrachten Kritik an qualitativen Defiziten der sozialen Versorgung sei die Mitarbeit in „selbstverwalteten Gruppen“ eine letztlich individuelle, unpolitische und wirkungslose Strategie¹⁴⁾. Heute zwingen verschärfte sozialpolitische Problemstellungen, die in der Bevölkerung verbreitete positive Bewertung von Selbsthilfe- und Alternativprojekten¹⁵⁾ und nicht zuletzt die Konkurrenz der Grün-Alternativen in den Parlamenten sozialdemokratisch regierter Länder (Bremen, Hamburg, siehe insbesondere die Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN in Hessen) die Sozialdemokratie dazu, das verdrängte Thema „Selbstorganisation“ ernst zu nehmen¹⁶⁾.

¹³⁾ H. Ehrenberg/A. Fuchs, Sozialstaat und Freiheit. Von der Zukunft des Sozialstaats, Frankfurt 1981, S. 75, S. 77, S. 83; gleiche Begründungen für seine Ablehnung der Alternativen Ökonomie gibt das Institut der Deutschen Wirtschaft, „Grüne“ Wirtschaft — Subventionierte Selbstverwirklichung, in: Der Arbeitgeber, (1983) 11, S. 418—420.

¹⁴⁾ Vgl. den Aufsatz von G. Bäcker, Entprofessionalisierung und Laisierung sozialer Dienste — Richtungsweisende Perspektive oder Rückzug?, in: WSI-Mitteilungen, (1979) 10, S. 526—537; vgl. auch die Sammelbesprechung von W. Elsner, „Die Alternativen der Alternativbewegung“. Bemerkungen zu einigen Denkfehlern einiger Theoretiker der alternativen Ökonomie, in: WSI-Mitteilungen, (1982) 1, S. 49—55. Der Bericht des DGB-Landesbezirks NRW, Arbeitslosenarbeit in Nordrhein-Westfalen. Beispiele aus der Arbeit von Staat, gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitslosen-Initiativen, Düsseldorf 1984, belegt die Berührungspunkte des DGB mit Selbstorganisationen, deren Mitglieder (z. B. als Mitglieder einer Produktionsgenossenschaft) die Arbeitnehmerrolle aufheben: Ökonomische Projekte, in denen sich Arbeitslose ihren Lebensunterhalt verdienen, fehlen.

¹⁵⁾ Beispielhaft sei das Umfrageergebnis genannt, demzufolge es 57 Prozent der Bevölkerung befürworten, daß Projekte im Selbsthilfe- und Alternativbereich als Mittel gegen Arbeitslosigkeit vom Staat finanziell unterstützt werden; vgl. P. Grottian/M. Kück, Modell Berlin: 10 000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, in: M. Bolle/P. Grottian (Hrsg.), Arbeit schaffen — jetzt!, Reinbek 1983, S. 128.

¹⁶⁾ Das Land Hessen will 1984 7 Millionen DM für das „Programm zur Förderung alternativer Wirt-

So nahm die SPD Nachhilfeunterricht bei Warnfried Dettling, den Alternativ-Theoretikern Adalbert Evers und Joseph Huber sowie bei den lange verschmähten Ökosozialisten aus den eigenen Reihen (auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Selbsthilfe — ein Weg zurück oder Modell für die Zukunft?“, Ende Februar 1984 in Berlin). Marie-Luise Weinbergers im Vorfeld der Tagung verbreiteter Aufsatz „Konservative, Sozialdemokraten und die Selbsthilfe“ ist Ausdruck des programmatischen Defizits der Partei: Auf das Klagen über die „unheilige Allianz zwischen (grün-alternativen) Sozialromantikern und (konservativen) Sparkommissaren“ beim Abbau des „Sozialstaats sozialdemokratischer Prägung“ folgt die bemerkenswerte Einsicht in das Dilemma der SPD. „Eine Stärkung der kleinen Einheit stand und steht im Widerspruch der Arbeiterbewegung, sich gemäß dem Prinzip der Einheit im Großverband zu organisieren.“ Die Hinwendung zur Selbstorganisation geschieht letztlich widerwillig und unter Hinweis auf wahlstrategische Notwendigkeiten: Will die SPD bei allen ‚ideologischen Bauchschmerzen‘ den Anschluß an die aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Diskussion nicht verlieren, so muß sie sich für den Selbsthilfegedanken öffnen, ohne ihren Prinzipien untreu zu werden. Weinbergers — innerparteilich sicherlich umstrittener — Vorschlag lautet, die Selbsthilfe- und Alternativprojekte in den sozialstaatlichen Kompromiß einzubinden, und zwar durch ein System öffentlicher Förderung: „Solidarität durch Steuergelder“¹⁷⁾.

Damit ist die Ebene kassenwirksamer Politik erreicht: Welche Selbstorganisationen sollen durch staatliche Subventionen zur Beseitigung sozialpolitischer Mißstände unterstützt werden? Auch bei diesem Thema hat die CDU die Nase vorn: Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ulf Fink, berichtet stolz: „Dem Senat ist es hier in Berlin als erstem Bundesland gelungen, ein Förderungsprogramm für Selbsthilfegruppen durchzusetzen. (Es) ... stehen zur Förderung von Selbsthilfegruppen 7,5 Millionen DM zur Verfügung.“¹⁸⁾ Priorität haben Gesundheitsselbsthilfegrup-

schaftsformen“ bereitstellen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) erwähnt im Landesbericht 1982, Düsseldorf 1983, S. 56, erstmals die wohlfahrtsrelevanten Wirkungen „bestimmter Formen der Schattenwirtschaft wie Eigenwirtschaft, Nachbarschaftshilfe, Arbeit in Hilfsvereinen, Hobbyformen der Landbewirtschaftung usw.“. In NRW, Bremen und Hamburg sind ähnliche Förderungsprogramme wie in Hessen in Vorbereitung.

¹⁷⁾ M.-L. Weinberger, a. a. O. (Anm. 9).

¹⁸⁾ U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 18.

pen, (Selbst-)Hilfeszusammenschlüsse von und für alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen, Ausländer der zweiten und dritten Generation sowie Gruppen im Spannungsfeld ‚Frau und Familie‘¹⁹⁾. Was unter dem Etikett der Förderung „Alternativer Lebens- und Erwerbsformen sowie der autonomen Kulturarbeit“ begonnen worden war²⁰⁾, endete in der selektiven Finanzierung von Selbsthilfeszusammenschlüssen, die zwei Hauptbedingungen erfüllen: Erstens entlasten sie den Sozialhaushalt, indem kostenintensive Dienste der Versorgungs-Großorganisationen auf die billigen Selbst- und Fremdhilfegruppen übertragen werden²¹⁾. Zweitens gehören die geförderten zu den „Gruppen guten Willens“; sie sind der anschauliche Beweis dafür, „daß Veränderungen möglich sind, ohne daß erst Steine fliegen“²²⁾. Ellis Huber, Gesundheitsstadträtin in Berlin, berichtet über die Ausgrenzung kritischer Selbsthilfegruppen von den Wohltaten des Fink-Programms: „Selbsthilfegruppen und Alternativprojekte, die etablierte Interessen aufmischen und bekämpfen, die radikal hinterfragen und laut-

stark kritisieren... lösen Verunsicherung aus... Ihre Unterstützung wird ängstlich vermieden.“²³⁾ Die CDU vergibt Gelder des Senatstopfs dann, wenn sie in ihr (staatspolitisches) Konzept passen. Die von Kaiser Wilhelm I. dekretierte Geburt der deutschen Sozialpolitik hatte ganz ähnliche Intentionen²⁴⁾. Selbstorganisation ist vom marginalen Randthema zu einem hochrangigen Issue der politischen Diskussion geworden. Die etablierten ‚Allerweltparteien‘ (Kirchheimer) haben das Thema als neue Arena im Kampf um die Wählerstimmenmaximierung entdeckt. Sie präparieren aus der Vielfalt der Selbstorganisationen diejenigen heraus, die in ihr ideologisches Konzept passen, und versuchen so, die virulenten gesellschaftlichen Interessen zu befriedigen. Es ist eine offene Frage, ob die Parteien mit ihrer Instrumentalisierungsabsicht obsiegen, oder ob sich die Neuen Selbstorganisationen (auf der Basis der später beschriebenen kulturellen Verschiebungen) gegen Integration sperren und Veränderungen der politischen Kultur der Bundesrepublik auslösen²⁵⁾.

II. Zur Theorie der Neuen Selbstorganisationen

In den letzten Jahren läßt sich eine Verschiebung des auf Selbstorganisationen gerichteten Interesses von einer politischen auf eine ökonomische Perspektive feststellen: Wurden in den siebziger Jahren unter Selbstorganisationen primär Zusammenschlüsse von Bürgern verstanden, die ihre Interessen gegenüber dem *politischen* System durchsetzen wollen, so stehen heute Verbraucher-, Klienten- bzw. Produzenten-Zusammenschlüsse im Vordergrund, die ihre Ziele außerhalb des formellen *ökonomischen* Systems verfolgen. Dem entspricht die Verlagerung des sozialwissenschaftlichen Interesses von der „Bürgerinitiativen-“ auf die „Selbsthilfegruppen-

Forschung“²⁶⁾. Die „Wendemarke“ liegt um das Jahr 1980. Zu diesem Zeitpunkt befand „... sich die Forschung über Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen in einer Phase der

¹⁹⁾ Vgl. die „Kriterien für die Förderung von Selbsthilfegruppen“, Senatsbeschluß vom 24. 8. 1982; abgedruckt in: U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 46 ff.

²⁰⁾ Große Anfrage der CDU über Alternatives Leben vom 26. 12. 1981, Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 9/349 vom 8. 2. 1982; abgedruckt in: U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 29 f.

²¹⁾ Soweit damit neue Lücken in der sozialen Versorgung geschaffen werden, ist diese Entstaatlichung eine geschickt getarnte Form des Sozialabbaus; M.-L. Weinberger, a. a. O. (Anm. 9), behauptet dies für die Verlegung von Pflegemaßnahmen von Krankenhäusern in überlastete Sozialstationen, wobei 95 Millionen DM gespart und 1 500 Arbeitsplätze ersatzlos gestrichen werden.

²²⁾ U. Fink, a. a. O. (Anm. 3), S. 9 ff.

²³⁾ E. Huber, Perspektive Selbsthilfe! Zur schwierigen Beziehung zwischen alternativem Leben und sozialer Politik, o. O. 1983 (Thesenpapier zur Tagung „Gemeinsam sind wir stärker. Leben und Lernen in Selbsthilfegruppen“, Hamburg 18.—20. 11. 1983); zur Kritik an der Förderungspraxis des Berliner Senats vgl. auch: Arbeitskreis Staatsknete, Staatsknete und Autonomie — Eine Leidensgeschichte. Ein Arbeitskreis fordert Subventionen in Selbstverwaltung, in: Netzwerk Rundbrief (Berlin), (16. 12. 1983) 23, S. 65 f.

²⁴⁾ Kaiserliche Botschaft v. 17. 11. 1881, zitiert nach: V. Hentschel, Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880—1980, Frankfurt 1983, S. 9: „Die Heilung der sozialen Schäden ... (ist) ... nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen.“

²⁵⁾ A. Evers, Die Auseinandersetzung um die staatliche Selbsthilfeförderung in Westberlin. Verfestigung alter oder Herausbildung neuer Selbstverständnisse?, o. O. 1983 (Referat auf der Selbsthilfetagung in Hamburg (vgl. Anm. 23), S. 7; Evers vermutet diese kulturellen Verschiebungen auch im Lager der „konservativen Reformen“.

²⁶⁾ Wissenschaftliche Standardwerke sind einerseits das von Peter C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativen-Bewegung, Reinbek 1976 (Neuaufgabe 1981), andererseits das von I. Kickbusch und A. Tro-

Neuorientierung. Beide Phänomene wurden bisher kaum miteinander in Verbindung gebracht... Vereinfacht ausgedrückt erschienen die Bürgerinitiativen als neue politische Herausforderung, während Selbsthilfe als... historisches Restphänomen angesehen wurde, das vielleicht noch in bestimmten abgegrenzten Bereichen notwendig, aber nicht von gesellschaftlicher, gar zukünftiger Bedeutung sei.²⁷⁾

Dieses Verhältnis scheint sich heute umgekehrt zu haben. Das Hauptaugenmerk von Politik und Wissenschaft ist auf kostensparende Hilfeformen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen, auf Arbeitslosenselbsthilfe und auf alternative Projekte im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit gerichtet²⁸⁾.

Zu den Neuen Selbstorganisationen werden hier beide Phänomene gerechnet: sowohl die auf das politische System gerichteten Bürgerinitiativen als auch die auf das ökonomische System bezogenen Selbsthilfegruppen. Die Tatsache, daß die Entstehung dieser Gruppen in der Auseinandersetzung mit den beiden systemischen Institutionen Markt und Staat geschieht, ist Ausgangspunkt für die nachfolgenden Überlegungen:

Neue Selbstorganisationen im Reproduktionsbereich

— entstehen als kollektive Reaktionen auf systemisch produzierte Probleme;

— sind bedürfnisorientiert, was eine basisdemokratischen und kommunikativen Prinzi-

jan, Gemeinsam sind wir stärker. Selbsthilfegruppen und Gesundheit, Frankfurt 1981. Für die aktuelle wissenschaftliche Diskussion sei verwiesen auf: F. X. Kaufmann, Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Intervention: Staat, intermediäre Instanzen und die Selbsthilfe. Ein neues Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: Zeitschrift für Sozialreform, (1981) 1, S. 31—49.

²⁷⁾ W. Nelles/W. Beywl, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, in: M. Irle (Hrsg.), Methoden und Anwendungen in der Marktpsychologie (Handbuch der Psychologie Bd. 12.2), Göttingen 1983, S. 771.

²⁸⁾ Die „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ und die ab Mitte der siebziger Jahre einsetzende Kritik an der „Kontraproduktivität“ der großen Versorgungssysteme (insbes. der Medizin, vgl. u. a. I. Illich) führten Ende der siebziger Jahre zu einem Forschungsschub im Bereich der Gesundheits-selbsthilfegruppen (vgl. Kickbusch/Trojan, a. a. O.); K. Deimer u. a., Selbsthilfe in der Sozialpolitik — ein Lösungsansatz?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34/83, S. 15, stellen folgerichtig fest, daß die grundlegenden Definitionsansätze durch die Gesundheits-Selbsthilfe-Gruppen-Forschung geprägt sind. Das Interesse an den ökonomischen Selbsthilfeprojekten wuchs erst mit dem Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen auf die 2 Millionen-Marke.

pien entsprechende Binnenorganisation der Gruppen verlangt;

— sind dadurch gekennzeichnet, daß ihre Träger und die Nutznießer ihrer Leistungen dieselben Personen sind.

Zum *ersten* Aspekt: Selbstorganisationen sind in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren nahezu ausschließlich im Reproduktionsbereich entstanden. Bei Fortbestehen der ‚alten‘ Probleme der Lohnarbeit und bei Anwachsen der durch technologischen Wandel induzierten ‚neuen‘ Probleme der Arbeit findet die Konfliktaustragung zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten (respektive den öffentlichen Körperschaften und ihren Beschäftigten) weiterhin in eingefahrenen Bahnen statt. Hingegen führen die veränderten Problemlagen und die sich wandelnden Handlungsbedingungen des Reproduktionssektors zu neuen Formen kollektiven Handelns²⁹⁾.

Dem liegt ein den modernen Gesellschaften eigentümlicher Prozeß zugrunde, in dessen Verlauf der Anteil derjenigen Bedürfnisfelder größer wird, die gesellschaftlicher Steuerung unterliegen. Der Vergesellschaftungsprozeß hat nach der Sphäre der Produktion auch die der Reproduktion erfaßt. Die Folgeprobleme der Überformung der natürlichen Umwelt, des städtischen Lebensraums und gar der Entwicklung der Persönlichkeit durch die kapitalistische Vergesellschaftung sind Ansatzpunkte der hier untersuchten Neuen Selbstorganisationen³⁰⁾. Dies gilt zunächst für die materielle Reproduktion, d. h. das marktliche und staatliche Güter- und Dienstleistungsangebot, die politisch gesteuerte Bereitstellung einer verkehrlich-räumlichen und sozialen Infrastruktur sowie die gesellschaftliche Produktion der Umweltbedingungen. Weiterhin werden in einem Prozeß fortschreitender kultureller Modernisierung und der Ausweitung von Systemsteuerung Felder symbolischer Reproduktion ebenfalls zunehmend unabhängig von den lebensweltlich strukturierten Handlungen der Menschen. Erziehung, zwischenmenschliche Beziehungen sowie private und kulturelle Identität werden einer Außen-

²⁹⁾ So argumentierte bereits C. Offe in seinem 1971 geschriebenen Aufsatz: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972, S. 153—168.

³⁰⁾ Grundlage der Überlegungen ist das Buch von J. Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt 1981. Für die Anwendung der Theorie auf die Selbstorganisationsforschung vgl. ausführlich: W. Nelles/W. Beywl, Selbstorganisation. Handlungsperspektiven für Verbraucher, Frankfurt 1984 (im Erscheinen).

steuerung durch spezialisierte Subsysteme unterworfen. So sind das Schulsystem, die Massenmedien und die psychiatrischen sowie medizinischen Versorgungseinrichtungen systemische Institutionen ‚außergelenkter‘ symbolischer Reproduktion. Im Zuge einer Ausweitung der systemischen Steuerung auf weitere Bedürfnisbereiche entstehen ‚neue‘ gesellschaftliche Problemlagen. Parallel dazu schreitet ein gesellschaftlicher Differenzierungsprozeß fort, in dessen Verlauf ehemals integrierte Lebens- und Arbeitszusammenhänge institutionell, organisatorisch und räumlich aufgeteilt werden: Arbeit und Konsum, Berufssphäre und Privatleben, Produktion und Reproduktion treten auseinander. Im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entstehen spezialisierte Unternehmen, Versorgungseinrichtungen usw., die jeweils bestimmte, aus dem Lebenszusammenhang der Menschen herausgelöste ‚Bedarfe‘ zugleich herstellen und befriedigen.

Neue Selbstorganisationen entstehen aus gleichen Betroffenheiten durch Folgeprobleme der differenzierten Produktionsstruktur³¹⁾. Güter und Dienstleistungen werden nicht ausreichend, qualitativ unangemessen und insbesondere mit bedrohlichen Nebenwirkungen produziert. So sind die natürlichen Lebensgrundlagen durch ökologische Kreisläufe zerstörende und Ressourcen verschwendende Produktionsverfahren gefährdet; die Konzentration der werteschaftenden Arbeit auf den hochproduktiven industriellen Kernbereich führt zu Sinnproblemen bei denjenigen, die von der Arbeit ausgeschlossen sind³²⁾.

Die im *zweiten* Definitionskriterium genannten Merkmale sind in der Literatur häufig angesprochen. Dort werden die Neuen Selbstorganisationen als basisdemokratische Gemeinschaften dargestellt, die anti-hierarchisch strukturiert sind, das Avantgarde- und Stellvertreterprinzip entschieden ablehnen, die geschlechtsspezifischen Unterschiede abge-

baut haben und somit die Artikulation authentischer Bedürfnisse ermöglichen³³⁾. Zutreffend ist, daß diese Ansprüche mit Nachdruck vertreten, z. B. formale Einengungen innerdemokratischer Strukturen vermieden und entgegenlaufende Tendenzen kritisiert werden. In unterschiedlichem Ausmaß werden Regelungen vereinbart, die die Basisdemokratie verankern sollen (z. B. daß Entscheidungen nur konsentisch, nicht durch Abstimmungen fallen, oder daß die Gruppe zur Hälfte aus weiblichen Mitgliedern bestehen soll). Es ginge an der Realität vorbei, die angestrebte interne Demokratisierung als umfassend verwirklicht anzusehen³⁴⁾. Nur diejenigen Neuen Selbstorganisationen, die zur „Alternativkultur“ zu rechnen sind, nicht aber jene, die zur sogenannten ersten Kultur oder den Übergangsbereichen zwischen „Stammkultur“ und „Subkulturen“ zählen³⁵⁾, verstehen sich als radikale basisdemokratische Modelle mit Blick auf ein „Neues Vergesellschaftungsmodell“ und können als organisatorische Basis der Neuen sozialen Bewegungen bezeichnet werden³⁶⁾. Der Großteil der Neuen Selbstorganisationen befindet sich im Anfangs- oder Vorstadium sozialer Bewegung: Krisenerscheinungen in verschiedenen Bereichen der Reproduktion führen „durch Bewußtwerden der eigenen veränderten Situation zu Gruppenbildungen unter denen, die die Folge der Krise erleiden“³⁷⁾. Konkret leiden die Mitglieder von Gesundheitsselbsthilfegruppen unter der fehlenden Menschlichkeit in Arztpraxen und Krankenhäusern, leiden die Mitglieder von Sanierungsinitiativen unter dem sozialen Zerfall des von ihnen bewohnten Viertels. Die Mitglieder von Selbstorganisationen bedienen sich in der Regel keiner sozi-

³³⁾ Vgl. K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1983, S. 246ff.

³⁴⁾ Vgl. M. Schenk, Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen, Tübingen 1982; seine empirischen Forschungen führen zu dem Ergebnis, daß oligarchische Organisationsstrukturen in Bürgerinitiativen stark ausgeprägt seien (S. 218); diesem Resultat liegt die Operationalisierung überzogener basisdemokratischer Zielsetzungen zugrunde.

³⁵⁾ Vgl. die Übersicht „Selbstorganisationen“ in: A. Trojan, Zur aktuellen Diskussion um die Förderung von Selbsthilfeszusammenschlüssen, in: M. Opielka u. a., a. a. O. (Anm. 5), S. 230.

³⁶⁾ Der politisch-sozial avantgardistische Teil der Neuen Selbstorganisationen steht im Mittelpunkt des sozialwissenschaftlichen Interesses; vgl. die Synopsen von J. Huber, Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980; P. Grottian/W. Nelles, Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel 1983; R. Schmidt, Zur alternativen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/83, S. 41—54.

³⁷⁾ O. Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt 1978.

³¹⁾ Die Mehrzahl der traditionellen (vereinsmäßigen) Zusammenschlüsse des Reproduktionsbereiches bleibt damit ausgespart (z. B. Sportvereine, Gesangsvereine, Naturschutzvereine); vgl. zu möglichen Berührungspunkten: F. Kröll/S. Bartjes/R. Wiengarn, Vereine. Geschichte — Politik — Kultur, Frankfurt 1982.

³²⁾ Dies wird in der Bürgerinitiativen- und Selbsthilfegruppen-Forschung unter dem Stichwort ‚Betroffenheit‘ abgehandelt; vgl. die Belege bei W. Nelles/W. Beywl, a. a. O. (Anm. 27), S. 813ff. In den Neuen Selbstorganisationen kommt zur Betroffenheit durch Mißstände eine postmaterielle Motivation, die meist im Vordergrund steht (vgl. die Fallstudien bei W. Nelles/W. Beywl 1984, a. a. O., [Anm. 30] Kap II. 4.2.3).

alwissenshaftlichen Analyse zur Erklärung ihrer durch die Funktionsmechanismen des kapitalistisch-bürokratischen Systems bedingten Situation, sondern sie machen sich alltagstheoretische Erklärungen. Auf dieser Ebene einer diffusen Ablehnung von Ärzten, Bürokraten, Sozialarbeitern, Planern und Politikern sowie anderen Vertretern des ‚Systems‘ liegt der Konsens der Neuen Selbstorganisationen, ein Konsens, der negativ ist, ein Sich-abgrenzen-Wollen. Teilweise ist diese Ablehnung *gerichtet* (gegen den Staat bzw. das Kapital), teilweise ist sie ungerichtet³⁸⁾.

Positiv gewendet besteht der Konsens in ‚Bedürfnisorientierung‘. In einer der ersten Selbstverständnistexte der ‚Alternativ-Bewegung‘ heißt es: „Ein ‚alternatives‘ Vorhaben ist ganz einfach eines, daß einen andersartigen, wünschenswert(er)en Lebensstil beinhaltet. Das führt aber nur zu weiteren Fragen: Wie wir leben wollen, was für eine Gesellschaft wir wollen.“³⁹⁾ ‚Bedürfnisorientierung‘ ist die gemeinsame Klammer in der Zielsetzung von Bürgerinitiativen „aus unmittelbarer Betroffenheit heraus“ und von bedarfswirtschaftlichen Selbsthilfegruppierungen, die bei hoher persönlicher Involviertheit ‚neue‘ Bedürfnisse befriedigen wollen, „als Widerpart zur institutionellen Sklerose (Olson)⁴⁰⁾. Die in Selbstorganisationen eingebrachten Bedürfnisse lassen sich zwar unter allgemeinen Bezeichnungen wie „Grundbedürfnisse nach Sinnggebung“ oder nach „gefühlsmäßigen zwischenmenschlichen Beziehungen“ zusammenfassen⁴¹⁾, doch werden die konkreten Inhalte jeweils einzigartig in jeder Gruppe ausgehandelt. Statt einer über die systematischen Medien Geld und Macht vermittelten Bedürfniselektion in den etablierten Verbänden und Parteien insistieren die Neuen Selbstorganisationen darauf, „... einen Teil der formal organisierten Handlungsbereiche (zu) entdifferenzieren, dem Zugriff der Steuerungsmedien (zu) ent-

ziehen und diese ‚befreiten Gebiete‘ dem handlungskoordinierenden Mechanismus der Verständigung zurückzugeben“⁴²⁾.

Das *dritte* Definitionskriterium für Neue Selbstorganisationen, das ‚Identitätsprinzip‘, ist weniger substantiell als die beiden vorangegangenen. Es stammt aus der Genossenschaftstheorie und ist dann gegeben, wenn bei einer ‚Unternehmung‘ der Personenkreis der Leistungsersteller und der der Leistungsempfänger bzw. Nutznießer weitgehend übereinstimmt⁴³⁾. Die Gemeinwirtschaftslehre hat eine differenzierte Typologie der „Widmungsformen“ entwickelt, die danach unterscheidet, welche Gruppierung Empfänger der ‚benefits‘ ist⁴⁴⁾. Das Identitätsprinzip trifft für die „förderungswirtschaftliche“ Leistungsabgabe zu. Bei den drei anderen Formen (gruppen-, stiftungs- und freigemeinwirtschaftliche) produzieren die Mitglieder der Non-Profit-Organisationen für die eigene soziale Schicht, für fremdes individuelles Wohl (z. B. Randgruppen) und schließlich für das Gemeinwohl. Gruppen, für die das Identitätsprinzip nicht zutrifft, können als *Fremdorganisationen* bezeichnet werden. Beispiele für *Neue Fremdorganisationen* sind die Umweltschutzorganisation „Green-peace“ (freigemeinwirtschaftlich) oder die von Mittelschichtangehörigen organisierten Beschäftigungsinitiativen für arbeitslose Randgruppenangehörige⁴⁵⁾.

Der Übergang zwischen Fremd- und Selbstorganisation ist fließend, und es ist angebracht, die auf die neueste Geschichte der sozialen Bewegungen zurückgehende Trennung zwischen beiden Formen aufzuheben. Zu Beginn

³⁸⁾ Vgl. die Befragungsergebnisse alternativer Projekte von: H. Kreutz/G. Fröhlich/D. Maly, Die Bedeutung alternativer Tätigkeitsfelder und Tätigkeitsverläufe für den Arbeitsmarkt, Nürnberg 1983 (Forschungsbericht für die Bundesanstalt für Arbeit), S. 5ff. Eine Gefahr liegt in der ideologischen Überhöhung der diffusen Negation als (einzige) Gemeinsamkeit alternativer Gruppen: „... ihre ‚Ideologie‘ ist die Uneinheitlichkeit, ist die Nicht-Ideologie.“ (R. Schmidt, a. a. O. [Anm. 36], S. 50).

³⁹⁾ Dezentrale (Hrsg.), Alternativkatalog 1, Biel 1981, S. IV.

⁴⁰⁾ K. Gretschmann, Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat. Grenzen und Möglichkeiten einer Alternativ-Ökonomie, Frankfurt 1983, S. 15, S. 13.

⁴¹⁾ Zur Begrifflichkeit vgl. S. Gasiet, Menschliche Bedürfnisse. Eine theoretische Synthese, Frankfurt 1981, Kap. 19; empirische Ergebnisse in W. Nelles/W. Beywl 1984, a. a. O. (Anm. 30), Kap II. 4.2.2.f.

⁴²⁾ J. Habermas, a. a. O. (Anm. 30), S. 582; je mehr eine Selbstorganisation zur alternativen Kultur gehört, desto radikaler wird auf der basisdemokratisch ausgehandelten Steuerung über Bedürfnisse insistiert, was in der Version vom „totalen Leben“ zur psychischen Überlastung der Gruppenmitglieder führen kann (vgl. M. Horx/A. Sellner/C. Stephan [Hrsg.], Infrarot. Wider die Utopie des totalen Lebens, Berlin 1983).

⁴³⁾ Vgl. R. Eschenburg, Ökonomische Theorie und genossenschaftliche Zusammenarbeit, Tübingen 1971.

⁴⁴⁾ W. Engelhardt, Gemeinwirtschaftliche Genossenschaften — ein möglicher Widmungstyp von Genossenschaften unter Sechsen, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 1983, S. 29ff.

⁴⁵⁾ Vgl. zu letzteren den Forschungsbericht von F. Hegner und C. Schlegelmilch, Formen und Entwicklungschancen unkonventioneller Beschäftigungsinitiativen, Berlin 1983 (Diskussionspapier des Wissenschaftszentrums); sie fassen die förderungswirtschaftlichen, alternativökonomischen Projekte und die von kleinen wie großen Trägern der Wohlfahrtspflege initiierten, stiftungswirtschaftlichen Fremdorganisationen unter dem Begriff „unkonventionelle Beschäftigungsinitiativen“ zusammen.

der Bürgerinitiativenbewegung wurde zwischen Fremd- und Selbstorganisationen nicht unterschieden; die Hauptsache war, daß zumindest einige Betroffene dabei waren⁴⁶⁾. Mit dem Niedergang der Kaderorganisationen und dem dort praktizierten Stellvertreterprinzip wurde ‚Bürgerinitiative‘ ebenso wie ‚Alternativprojekt‘ mit Betroffenen selbstorganisation gleichgesetzt. Dabei ist aus Fallstudien ersichtlich, daß Selbstorganisationen häufig mit Hilfe politischer oder sozialer Organisationen ins Leben gerufen werden oder von Dissidenten dieser Organisationen gegründet werden. Häufig arbeiten neue Selbstorganisationen zumindest *auch* für andere, nicht-organisationsfähige Betroffenengruppen und bedienen sich dabei typischer Handlungsmuster

der Fremdorganisation, wie Anwaltsplanung oder Gemeinwesenarbeit⁴⁷⁾.

Die nachfolgende Darstellung ist weniger aus systematischen, denn aus pragmatischen Gründen auf *Selbstorganisation* beschränkt, da gegenwärtig nur für diesen Bereich ausreichende Daten zur Verfügung stehen⁴⁸⁾.

Weitere in der Literatur genannte Definitionsmerkmale für Selbstorganisationen, wie Aprofessionalität, Solidarität, hohe Bewertung zwischenmenschlicher Beziehungen (zusammenfaßbar im Postmaterialismuskonzept) oder Bindung an konkrete lokale Milieus (Dezentralität) usw.⁴⁹⁾, stehen in engem Bezug zu dem genannten antisystemischen, bedürfnisorientierten und basisdemokratischen Charakter der Neuen Organisationen.

III. Verbreitung und Verteilung der Neuen Selbstorganisationen

Quantitative Größen, etwa zur Anzahl der Beteiligten, sagen wenig über die politische Folgenhaftigkeit kollektiven Handelns aus. Beispielsweise stehen Mitgliederzahl und öffentliche Beachtung neuer Umweltorganisationen einerseits und traditioneller Vereinigungen andererseits im Mißverhältnis: Den nominal etwa drei Millionen Mitgliedern des Deutschen Naturschutzrings (unter anderem Gartenvereine, Wander- und Alpenvereine) standen Ende der siebziger Jahre — zu ihrer Blütezeit — höchstens 300 000 Mitglieder von Bürgerinitiativen im Umweltschutz gegenüber⁵⁰⁾. Heute üben wenige tausend Aktivisten nachhaltigen Druck auf die Umweltpolitik aus⁵¹⁾. Adalbert Evers und Zoltan Szankay schlußfolgern aus dem offensichtlichen Mißverhältnis zwischen dem marginalen Umfang der Alternativbewegung und dem Ausmaß des politischen, publizistischen und sozialwissenschaftlichen Interesses an ihr: „Das, was mit den ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ entsteht, entsteht als ein krisenhafter Wandlungs-, ja Mutationsprozeß nicht an den Rändern, sondern im Zentrum der entwickelten Industriegesellschaft. Dieser Prozeß ist dabei, den tiefsten Einschnitt in die historische Verfaßtheit unserer Gesellschaften seit der Entstehung der Arbeiterbewegung hervorzubringen.“⁵²⁾ Zuzustimmen ist der Auffassung, daß

die Relevanz der Neuen Selbstorganisationen weniger auf ihrer Größenordnung als auf dem von ihnen — im unterschiedlichen Ausmaß — entwickelten alternativen Kulturmodell beruht. Deshalb sollen die nachfolgend vorgestellten quantitativen Ergebnisse im Zusammenhang mit den vorgetragenen theoretischen Überlegungen interpretiert werden.

In einer regionalen Bestandsaufnahme ist erstmalig versucht worden, das gesamte Spektrum Neuer Selbstorganisationen zu erfassen und ihre Verteilung auf verschiedene Problembereiche festzustellen⁵³⁾. In einem noch laufenden Forschungsprojekt werden die Zahlen für den Teilbereich „Alternative Ökonomie“ aktualisiert, nicht zuletzt, weil ein

Committee durch: *The Future of Voluntary Organisations*, London 1978.

⁴⁶⁾ Ein wichtiger, hier nicht vorgestellter Analyseansatz zu den Neuen Selbstorganisationen ist der kulturtheoretische; vgl. K. Bremen, *Neue soziale Bewegungen — Das Beispiel der Stollwerck-Besetzung in Köln*, in: P. Grottian/W. Nelles, a. a. O. (Anm. 36), S. 175—204; L. Kolenberger/H.-A. Schwarz, *Abschlußbericht des Projekts „Zum Problem einer ‚Zweiten Kultur‘ in West-Berlin“*, Berlin 1982 (MS).

⁴⁷⁾ W. Rüdiger, *Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Befunde*, in: V. Hauff (Hrsg.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft*, Villingen 1980.

⁴⁸⁾ Vgl. die Auswirkungen der spektakulären Aktionen kleiner Aktionsgruppen wie „Greenpeace“ und „Robin Wood“ auf die Diskussion um das Einfuhrverbot für Robbenfelle, das Verbot der Dünn säureverklappung und die Verschärfung der Technischen Anleitung Luft im Zusammenhang mit dem ‚Sauren Regen‘.

⁴⁹⁾ A. Evers/Z. Szankay, *Was entsteht mit den neuen sozialen Bewegungen?*, in: P. Grottian/W. Nelles, a. a. O. (Anm. 36), S. 24.

⁵⁰⁾ Zum Untersuchungsdesign vgl. W. Nelles/W. Beywl 1984, a. a. O. (Anm. 30), Kap. II. 4.1.

⁴⁶⁾ Vgl. dazu die beiden Fallstudien „Frauenaktion 70“ und „Kölner Bürgerinitiative gegen Obdachlosigkeit“ bei H. Grossmann (Hrsg.), *Bürgerinitiativen*, Frankfurt 1971.

⁴⁷⁾ Vgl. W. Nelles/W. Beywl 1984, a. a. O. (Anm. 30), Kap. II 4.1.2. f.

⁴⁸⁾ Eine der wenigen umfassenden Studien zu Fremdorganisationen (allerdings bei Vernachlässigung ihres „neuen“ Teils) führte das Wolfenden-

gesteigertes politisches Interesse hieran besteht⁵⁴). Abgeschlossen wird die Darstellung mit einer Hochschätzung der Gesamtzahl Neuer Selbstorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland.

1. Schwerpunkte der Neuen Selbstorganisation — Ergebnisse einer Regionalstudie

Der nachstehenden Tabelle 1 liegt eine auf zwei Dimensionen aufbauende Typologie zugrunde:

Geld und Macht vermittelt) auf Kosten einer lebensweltlich-kommunikativen Steuerung. Die soziale Integration geht von Handlungsbereich I zu Handlungsbereich III von Kommunikation auf systemische Kontrolle über.

In der Merkmalsdimension „*Handlungsform*“ werden „Selbsthilfe“ und „Widerspruch“ unterschieden. Sie bezeichnen unterschiedliche Formen der Einflußnahme auf die Produktionsentscheidungen, die folgenreich für die Befriedigung der in den Selbstorganisationen

Tabelle 1:
Neue Selbstorganisationen im Raum Köln/Bonn; Stand 1979/80

Handlungsform Handlungsbereich	Selbsthilfe		Widerspruch		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%
<i>Handlungsbereich I: personelle/kulturelle Identität</i>						
	450	84	85	16	535	57
Selbsterfahrung/Identität	90				90	
Bildung u. Erziehung	90		30		120	
Gesundheit/Psychotherapie	190		30		220	
<i>Sozio-kulturelle</i>						
Diskriminierung	30		20		50	
Kommunikation/Kultur	50		5		55	
<i>Handlungsbereich II: Wohnen und Lebensbereich</i>						
	40	14	250	86	290	31
Wohnung	20		50		70	
Wohnumfeld	5		80		85	
Stadtteil	15		120		135	
<i>Handlungsbereich III: Umwelt</i>						
			60	100	60	6
Umwelt und Natur			40		40	
Stadtentwicklung/Verkehr			20		20	
<i>Alternative Ökonomie</i>						
	50			—	50	5
Summe:	540	58	395	43	935	

Es werden drei „Handlungsbereiche“ unterschieden. Die in ihnen jeweils zusammengefaßten Teilbereiche der Reproduktion sind in unterschiedlichem Ausmaß vergesellschaftet. Vom Handlungsbereich I (personelle/kulturelle Identität) über Handlungsbereich II (Wohnen und Lebensbereich) bis zum Handlungsbereich III (Umwelt) steigt der Anteil systemischer Steuerung (durch die Medien

⁵⁴) Die Ergebnisse der Pilotstudie von W. Beywl/H. Brombach/M. Engelbert, Bestandsaufnahme alternativ-ökonomischer Projekte in NRW, werden voraussichtlich Mitte 1984 vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW, veröffentlicht.

artikulierten Bedürfnisse sind. Organisationen, die vorwiegend die Handlungsform „Selbsthilfe“ praktizieren, befriedigen die Bedürfnisse ihrer Mitglieder durch *eigentätige* Produktion von Gütern und Dienstleistungen. „Widerspruch“ bedeutet, daß die Selbstorganisation versucht, die von *Dritten* (Staat und Unternehmen) vorgenommene Leistungserstellung in Quantität oder Qualität zu beeinflussen. Dies geschieht insbesondere durch die Veröffentlichung von Mißständen und Forderungen, durch Drohungen mit Legitimationentzug usw.

Im Untersuchungszeitraum gab es ca. 935 Neue Selbstorganisationen in der Untersu-

chungsregion. Davon sind ca. 60% der Selbsthilfe, 40% dem Widerspruch zuzurechnen.

Dem *Handlungsbereich I — personelle und kulturelle Identität* — sind mit 535 Gruppen fast 60% der Grundgesamtheit zugeordnet. Hier sind Gruppen zusammengefaßt, die Probleme und Bedürfnisse aus dem Kernbereich der Lebenswelt bearbeiten. Beispielsweise sind dies Probleme des Selbstbewußtseins, der physischen und psychischen Gesundheit, von kommunikativen und emotionalen Beziehungen zu anderen Menschen sowie der sozio-kulturellen Orientierung. Auf eine kurze Formel gebracht reagieren die in diesem Handlungsbereich tätigen Initiativgruppen auf „Pathologien der Lebenswelt“⁵⁵). Es dominieren Selbsthilfeszusammenschlüsse wie Selbsterfahrungsgruppen von Männern und Frauen⁵⁶), Krabbelstuben und Kinderläden, Gesundheitsselbsthilfegruppen oder Gruppen sozio-kulturell Benachteiligter. Charakteristisch für die hier erbrachten „personenorientierten Dienstleistungen“⁵⁷) ist, daß ein qualitativ befriedigendes Ergebnis nur durch die aktive und konstruktive Mitarbeit der Klienten erreicht werden kann. Die Widerspruchsgruppen des Handlungsbereiches I versuchen, die bürokratischen Dienstleistungsorganisationen (z. B. Schulen, Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen) zu beeinflussen. Das Nebeneinander von Selbsthilfe und Widerspruch verweist darauf, daß neben Freiräumen, in denen sowohl Selbsthilfe wie Widerspruch möglich ist, reglementierte Bereiche bestehen, in denen die Betroffenen die Leistungserstellung nicht in eigener Regie übernehmen können, so daß Widerspruch das einzig mögliche Mittel ist. Beispiel hierfür ist das verrechtlichte und bürokratische Schulsystem, auf das sich starke Widerspruchsaktivitäten richten (z. B. Bürgerinitiative gegen kooperative Gesamtschule), zu dem jedoch keine legalen Selbsthilfeaktivitäten außerhalb des öffentlich geregelten Erziehungswesens möglich sind. Im Handlungsbereich I sind die offensiv gegen bürokratische Versorgungsstrukturen opponierenden Gruppen in der Minderzahl,

doch wächst das Mißtrauen gegen die großen Dienstleistungsorganisationen.

Die im *Handlungsbereich II — Wohnen und Lebensbereich* — aktiven 290 Selbstorganisationen bearbeiten Probleme der Wohnung, der Verkehrs- und Bebauungsplanung im Viertel, Infrastrukturdefizite in neuen oder überalterten Stadtteilen und Folgeschäden der Zerstörung traditionaler, kommunikativer und ökologischer Lebensräume. Charakteristisch für diese — auch „disparitär“ genannten — Bedürfnisbereiche ist, daß die dort produzierten Leistungen den Bürgern durch staatlich-politisch normierte Leistungsangebote oder auch durch kollektive „Zwangskäufe“ zufallen⁵⁸). Folglich dominieren im Handlungsbereich II die Widerspruchsgruppen. Selbsthilfe ist, bedingt durch die eingeschränkte Verfügbarkeit der für die Bedürfnisbefriedigung notwendigen Ressourcen (z. B. Bauland, Verkehrsflächen) und die Machtverteilung (hoheitliche Planung durch Gebietskörperschaften), eine Ausnahme. Unter den Widerspruchsgruppen sind ca. 50 Mieterinitiativen, 80 im Wohnumfeld aktive Bürgerinitiativen (für Verkehrsberuhigung, andere Verkehrslenkung usw.) sowie 120 Stadtteilinitiativen in der Sanierungs-, Bauungs- oder Verkehrsplanung, für die Einrichtung von Jugend- oder Kommunikationszentren oder für verbesserten Umweltschutz im Viertel. Unter den Selbsthilfegruppen befinden sich unter anderem selbstorganisierte Stadtteilzentren, Zusammenschlüsse von Wohngemeinschaften und 15 Hausbesetzergruppen.

Alle Selbstorganisationen des *Handlungsbereiches III — Umwelt* — sind Widerspruchsgruppen. Ungefähr die Hälfte von ihnen gehört zur Ökologiebewegung, z. B. die 12 Anti-AKW-Gruppen. Bemerkenswert ist, daß es im Raum Köln-Bonn zum Untersuchungszeitpunkt keine bedeutsamen Atomanlagen gab und daß auch mittelfristig nicht mit einem Bau zu rechnen ist. Im zweiten wichtigen Problembereich — Stadtplanung und Verkehr — sind ca. 20 Gruppen aktiv, z. B. Fußgänger- und Fahrradfahrerinitiativen oder Aktionsgruppen gegen den Bau von Umgehungsstraßen bzw. Stadtautobahnen.

Zunächst sei das von der Literatur abweichende Ergebnis dieser Studie herausgestellt: Während dort als typische Initiativen Widerspruchsgruppen gelten, die überwiegend im Wohn- oder im Umwelt- bzw. Energiebereich

⁵⁵) J. Habermas, a. a. O. (Anm. 30), S. 566.
⁵⁶) Der Bereich selbstorganisierter Psychotherapiegruppen ist in den letzten Jahren stark angewachsen und dürfte weit über der angegebenen Zahl liegen; die theoretische und empirische Forschung steckt in den Anfängen, weshalb nur Vermutungen über ihre Zuordnung zum Definitionsbereich Neuer Selbstorganisationen gemacht werden können. Andererseits weisen die Selbstorganisationen in allen drei „Handlungsbereichen“ Selbsterfahrungs-elemente auf.
⁵⁷) A. Gärtner/F. Riessman, Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft, Frankfurt 1978.

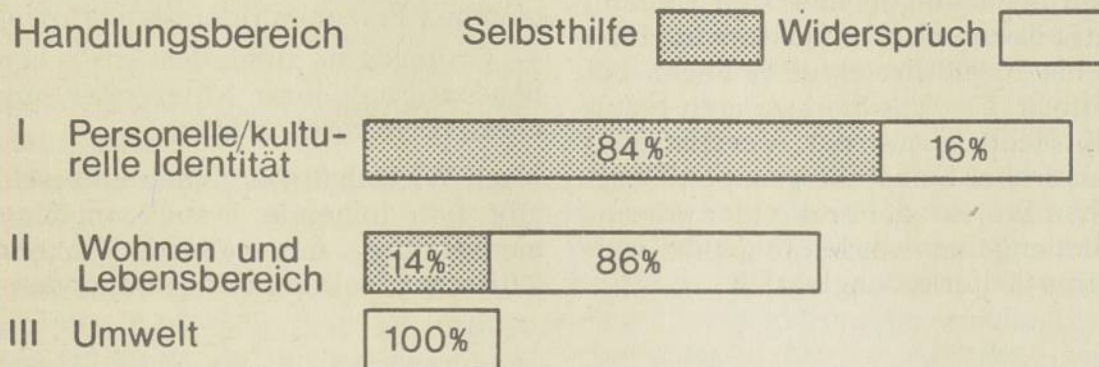
⁵⁸) C. Offe, „Ausdifferenzierung“ oder „Integration“ — Bemerkungen über strategische Alternativen der Verbraucherpolitik, in: G. Fleischmann (Hrsg.), Der kritische Verbraucher, Frankfurt 1981, S. 270.

tätig sind⁵⁹⁾, kommt unsere Untersuchung zu dem Schluß, daß erstens ca. 60% der Selbstorganisationen überwiegend die Handlungsform Selbsthilfe vorziehen und das zweitens — die Verteilung auf die Handlungsbereiche betreffend — ca. 60% Probleme personaler und kultureller Identität bearbeiten.

zung des Selbst und der Lebensformen“) verschoben. Andererseits wird die von Habermas als die „Grammatik der Lebensformen“ angesprochene Problematik mit dem Vordringen systemischer Steuerung in die Sphäre der kommunikativen Verständigung bzw. mit der erlebbaren Bedrohung, daß der „Kern der Le-

Schaubild 1:

'Selbsthilfe' und 'Widerspruch' in den Handlungsbereichen



Zwischen den Handlungsbereichen I und II besteht ein nahezu spiegelbildliches Verteilungsverhältnis hinsichtlich der beiden Handlungsformen. Probleme der natürlichen Umwelt und der großräumigen Infrastruktur werden von relativ wenigen Selbstorganisationen bearbeitet, die ausschließlich Widerspruchsgruppen sind. Das Verteilungsbild ist Ausdruck unterschiedlicher Handlungsbedingungen, die auf eine von Handlungsbereich I zu Handlungsbereich III zunehmende systemische Steuerung der Reproduktion zurückgehen. Während im Handlungsbereich I (noch) viele Nischen für selbstbestimmtes Handeln mit Aussicht auf kurzfristig zu erreichenden Erfolg bestehen, werden Selbstorganisationen der Handlungsbereiche II und III in eine langwierige Auseinandersetzung mit den systemischen Entscheidungsinstanzen gezwungen.

Einerseits kann die festgestellte Schwerpunktsetzung als „Ausweichbewegung“ in Bereiche mit geringerer systemischer Durchdringung begriffen werden. Pointiert gesagt hat sich die Problemdefinition der oppositionellen Gruppierungen in den letzten 15 Jahren von einer sozio-ökonomischen („Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit“) auf eine kommunikativ-kulturelle („Verände-

benswelt“ systemisch überformt wird, tatsächlich zu einem zentralen gesellschaftlichen Konflikt. Eine massive Gegenwehr ist dann angebracht und notwendig.

Beide Überlegungen führen zu der These, daß in den kommenden Jahren mit einer Ausbreitung der in Problembereichen der persönlichen und kulturellen Identität ansetzenden Selbstorganisationen zu rechnen ist. Die an systemisch beherrschten Konfliktlinien kämpfenden Selbstorganisationen dürften hingegen entweder stagnieren oder Ideologien und Aktionsformen entwickeln, welche die abgerissene Verbindung zwischen subjektiv Erlebbarem und angezielten gesellschaftlichen Veränderungsprozessen wiederherstellen (Neue Religionen, „Politik in erster Person“).

2. Alternative Ökonomie — Prüfstein der Selbstorganisation

Alternativ-ökonomische Projekte sind — über ihre Marktteilnahme — in systemische Prozesse verwickelt, und ihre Existenz ist von der Bewältigung der zwischen System und Lebenswelt auftretenden Spannungen abhängig. Sie sind ein Sonderfall der Selbsthilfe, insofern sie eine Reintegration der aufgesplitterten Bedürfnisbereiche anstreben. Sie haben einen ganzheitlichen Ansatz der Problemlö-

⁵⁹⁾ Vgl. zusammenfassend W. Rüdig, a. a. O. (Anm. 50).

sung, weshalb ihre Einordnung in die „Handlungsbereiche“ nicht sinnvoll ist⁶⁰⁾. Im Unterschied zu den nicht-ökonomischen Selbstorganisationen versuchen sie, den Lebensunterhalt ihrer Mitglieder zu sichern. Die betriebswirtschaftliche Umsetzung dieses Ziels soll von den Erfordernissen des Marktsystems abgekoppelt sein und den lebensweltlichen Bedürfnissen der Mitarbeiter/innen folgen. In dem Maße, in dem die Steuerungsgröße „Profit“ durch die Bedürfnisorientierung ersetzt wird, kann von einer bedarfswirtschaftlichen Ökonomie gesprochen werden⁶¹⁾.

Die früheren Schätzungen über den Umfang des alternativ-ökonomischen Sektors in Höhe von 10 000 bis 20 000 Projekten⁶²⁾ liegen bei weitem zu hoch. Die Überschätzungen resultieren hauptsächlich aus der Vermischung nicht-ökonomischer Selbsthilfegruppen⁶³⁾ mit ökonomischen Projekten. Für die hier präsentierten Zahlenangaben werden folgende „weiche“ Definitionskriterien angelegt⁶⁴⁾:

Alternativ-ökonomische Projekte sind ...

- Gruppen mit mindestens drei Mitgliedern, ausnahmsweise auch mit zwei Mitgliedern (Gruppenprinzip);
- Projekte mit einem Selbstverständnis als „Selbstverwalteter Betrieb“, „Alternativprojekt“ oder ähnlichem; die Mitarbeiter/innen vertreten dies nach außen und betonen dabei die „Bedürfnisorientierung“ ihres Handelns;
- Gruppen mit gleichem Entscheidungsrecht aller ständigen Mitarbeiter/innen auch bei grundsätzlichen Entscheidungen;
- Produzenten/innen-Kollektive, d. h. Träger/innen und Mitarbeiter/innen sind die gleichen Personen (Identitätsprinzip);
- Gruppen die zumindest anstreben, den Lebensunterhalt ihrer Mitarbeiter/innen zu sichern (Erwerbscharakter);

Nach Wirtschaftsbereichen unterschieden ergibt sich folgende branchenmäßige Zusammensetzung des alternativ-ökonomischen Wirtschaftssektors in der Bundesrepublik⁶⁵⁾:

Wirtschaftsbereich	Beispiele	Anteil
A Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe	Handwerksbetriebe, Druckereien, Alternativtechnologische Betriebe, Kunsthandwerk usw.	20%
B Handel und Verkehr	Buch- und Bioläden, Wolläden, Gebrauchtwarenhandel, Transport- und Taxiunternehmen	25%
sächliche Dienstleistungen	Verlage, Medienproduktion (Verlage, Zeitschriften), Beratung und Organisation	15%
Gastgewerbe	Kneipen, Cafés, Teestuben, Tagungshäuser	10%
C persönliche Dienstleistungen	Bildung, medizinische und psychotherapeutische Einrichtungen, ambulante Dienste	30%

⁶⁰⁾ Integrierte Lebens- und Arbeitsgemeinschaften sind von einem Teil der alternativkulturellen Projekte verwirklicht; zu den bekanntesten zählen die „Ufa-Fabrik“ in Berlin und die „Arbeiter-Selbsthilfe“ in Oberursel.

⁶¹⁾ Präzise wirtschaftstheoretische Überlegungen bei K. Gretschmann, a. a. O. (Anm. 40).

⁶²⁾ Vgl. J. Huber 1980, a. a. O. (Anm. 36), S. 28 ff.; L. Kolenberger/H.-A. Schwarz, a. a. O. (Anm. 49), S. A. 32 ff.; vgl. die Synopse von W. Beywl, Alternative Ökonomie — Modell zur Finanzierung von Selbsthilfeprojekten?, in: L. Bertels/H.-G. Nottenbohm (Hrsg.), „... außer: man tut es.“ Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Alternativen, Bochum 1983, S. 92 ff.

⁶³⁾ Vgl. den vorangegangenen Abschnitt.

⁶⁴⁾ Vgl. W. Beywl/H. Brombach/M. Engelbert, a. a. O. (Anm. 54).

Das Verteilungsbild spiegelt die ökonomischen, ideenmäßigen und personalen Voraussetzungen der Alternativökonomie wider:

- Im mit ca. 20% der Projekte recht kleinen Produktionssektor (A) sind zur Gründung alternativer Betriebe zumindest einige

⁶⁵⁾ Grundlage der Schätzungen sind die vorliegenden Regionalstudien mit ähnlichen bzw. angleichbaren Definitionskriterien; vgl. H. Kreutz/G. Fröhlich/D. Maly, a. a. O. (Anm. 38) für Nürnberg/Hannover; P. Grottian/M. Kück, a. a. O. (Anm. 15) für Berlin; sowie für Hamburg: Ch. Person/O. Tiefenthal, Bedingungen und Strukturen Alternativer Ökonomie. Empirische Analyse Hamburger Alternativprojekte, Hamburg 1984 (Dipl.-Arbeit, Inst. f. pol. Wissenschaften, Universität Hamburg, MS).

10 000 DM Startkapital nötig, während in den Sektoren B und C manchmal einige tausend DM, in Ausnahmefällen gar kein Anfangskapital benötigt wird.

— Die Gebrauchswertorientierung ist — bei gegebenem Kapitalmangel — leichter in den Wirtschaftsbereichen B und C durchzuhalten. Im ca. 30% der Projekte umfassenden Bereich persönlicher Dienstleistungen und im Gastgewerbe sind die Tätigkeiten interaktions- und kommunikationsintensiv. Im Handelsbereich haben Alternativprojekte oft den Markteintritt für ökologische Produkte (z. B. naturbelassene Lebensmittel, Umweltschutzpapier) ermöglicht. Buchläden und Medienprojekte verkaufen Produkte mit einem spezifischen (politischen bzw. subkulturellen) Gebrauchswert an eine sozio-kulturell bestimmbare Sympathisanten-Szene.

— Schließlich bieten insbesondere der Handel und das Gastgewerbe Einstiegsmöglichkeiten für berufsunerfahrene Hochschulabsolventen, Studienabbrecher u. ä. neue Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Im Handwerksbereich ist hingegen oft eine hohe formale Qualifikation (Meister) Voraussetzung für die Gewerbeegründung.

Die Schätzung der absoluten Anzahl alternativ-ökonomischer Projekte fällt je nach Abgrenzungskriterien und Untersuchungsregion unterschiedlich aus. Eine Sekundäranalyse der drei abgeschlossenen Regionalstudien führt bei Vereinheitlichung der Definition zu ähnlichen Ergebnissen: Auf 10 000 Einwohner kommt etwa ein alternativ-ökonomisches Projekt. Auf die Bundesrepublik hochgerechnet sind dies etwa 6 000 Projekte. Bei durchschnittlich fünf bezahlten Mitarbeitern sind dies bundesweit 30 000 Arbeitsplätze.

Alternative Ökonomie im Kapitalismus ist unabdingbar labil. Den Projekten wird der Widerspruch zwischen systemischer Steuerung und Bedürfnisorientierung „durch die Gesamtökonomie... notwendigerweise aufgehehrt“⁶⁶⁾. Verweigern sich die Projekte der Marktanpassung und damit dem Prinzip der Gewinnmaximierung mit der Folge ausbleibender Kapitalbildung, hat dies „Selbstausschöpfung“⁶⁷⁾, gegebenenfalls den finanziellen Zusammenbruch des Unternehmens zur Folge. Aus der Wirtschaftsgeschichte ist die

These gewonnen, daß ökonomische Selbsthilfebewegungen in der lang andauernden Depressionsphase entstehen und bei Durchschlagen des Kapitalmangels nach einigen Jahren wieder verschwinden⁶⁸⁾. Die vorliegenden Daten zur quantitativen Entwicklung der Alternativ-Ökonomie deuten auf das Ende ihrer Ausbreitung hin. Die systemisch vorgegebene Grenze scheint bereits erreicht⁶⁹⁾.

Die bestehenden Projekte geraten zunehmend in ein Entscheidungsdilemma: Sollen sie weiterhin bei relativer Marktdistanz auf dem Drahtseil der Alternativ-Ökonomie balancieren, oder sollen sie auf den vergleichsweise sicheren Grund der marktangepaßten Unternehmen überwechseln. Für die Binnenstruktur bedeutet dies eine Abkehr von den Prinzipien der Selbstorganisation, die sich insbesondere in der Wiedereinführung formeller Hierarchien und der Bindung der Entscheidungsbefugnisse an das Kapitaleigentum ausdrückt⁷⁰⁾. Aus dem Entscheidungsdilemma heraus können nur politische Prioritätensetzungen führen; das setzt voraus, daß der Gesellschaft die Innovationskraft der Alternativ-Ökonomie als so wertvoll erscheint, daß diese gegen marktliche Zwänge unterstützt wird.

Wie die Zahl von 30 000 bezahlten Arbeitsplätzen zeigt, ist der Stellenwert der Selbsthilfeökonomie als arbeitsmarktpolitisches Instrument offensichtlich marginal. Dabei ist die Nachfrage nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten sehr hoch. Dies zeigt das Ausmaß unbezahlter (*statt* eines Berufes ausgeübter) Tätigkeiten im alternativen Sozialdienstleistungssektor⁷¹⁾.

⁶⁶⁾ Vgl. dazu R. Dannert, Die langen Wellen der Konjunktur im Kapitalismus, in: Rundbrief alternative Ökonomie (hrsg. v. d. AG SPAK), Febr. 1981, 12, S. 37—41; s. a. J. Huber, Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt 1982.

⁶⁷⁾ P. Grottian/M. Kück, a. a. O. (Anm. 15), S. 132; Ch. Person/O. Tiefenthal, a. a. O. (Anm. 65), S. 50.

⁷⁰⁾ Bei 30% der 44 Hamburger Projekte trifft „grundsätzliche Betriebsentscheidungen allein der Inhaber bzw. Geschäftsführer“, Ch. Person/O. Tiefenthal, a. a. O. (Anm. 65), S. 90.

⁷¹⁾ Mitarbeit in Neuen Fremdorganisationen, unbezahlte Tätigkeit in Projekten des Wirtschaftsbereiches C; vgl. P. Grottian/M. Kück, a. a. O. (Anm. 15), S. 140ff; ein Großteil in ihren Ausbildungsberufen arbeitsloser Hochschulabsolventen drängt in selbstbestimmte Arbeitsplätze: „Diesen Zukunftsperspektiven liegt der Wunsch zugrunde, einer industriell geprägten, entfremdeten Arbeit und Arbeitsteilung zu entfliehen, deren individuelle Kosten und Anpassungsleistungen hoch erscheinen. Statt dessen erfolgt eine Rückorientierung auf stärker ganzheitlich-künstlerisches und kollektives Arbeiten.“ — C. Schlegelmilch, Grauer Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen, Berlin 1982 (Wissenschaftszentrum, MS) S. 33.

⁶⁶⁾ R. Schwendter, Notate zur Kritik der alternativen Ökonomie, in: Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), Zur Alternativen Ökonomie I, Berlin 1978, S. 163.

⁶⁷⁾ Aus der bislang fundiertesten Studie über alternativ-ökonomische Projekte von Ch. Person/O. Tiefenthal, a. a. O. (Anm. 65), läßt sich ein Stundenlohn von 6,76 DM netto errechnen.

Die Alternativ-Ökonomie ist keine gewinnträchtige Wachstumsbranche, sondern sie gibt eine Antwort darauf, „was und wie in gesellschaftlich sinnvoller Arbeit produziert werden soll“⁷²⁾. Ihre Chancen würden verkannt, wenn sie in der Logik des keynesianischen „Aushebens und Zuschüttens tiefer Gräben“ als Instrument der Konjunkturpolitik genutzt würde. Vielmehr bietet sie die Alternative einer selbstbestimmten, kommunikativen und bedürfnisorientierten Allokation von Arbeit, eine Alternative zur entfremdeten Ar-

beit im industriellen Kern der Wirtschaft und zu sinnentleerter Arbeitslosigkeit. Wertvoll ist ihre gesellschaftspolitische, weniger ihre ökonomische Funktion. Sie schafft „soziale Labore“, in denen praktische Antworten auf die Krise der Arbeitsgesellschaft gegeben werden. „Die Menschen wollen arbeiten, sie brauchen die Erfahrungen, die sich aus der Erwerbstätigkeit ergeben; aber sie wollen diese Erfahrungen unter Bedingungen machen, die sich nicht negativ auf ihr Menschsein auswirken.“⁷³⁾

IV. Zusammenfassung und Schlußbemerkungen

Schätzt man aufgrund der vorliegenden Daten die Gesamtzahl der Neuen Selbstorganisationen in der Bundesrepublik hoch, so kommt man auf insgesamt 35 000 Gruppen⁷⁴⁾.

Tabelle 3:
Neue Selbstorganisationen
in der Bundesrepublik

Handlungsbereich	Handlungsform		Summe
	Selbsthilfe	Widerspruch	
I Identität	14 500	3 000	17 500
II Wohnen	1 500	8 000	9 500
III Umwelt		2 000	2 000
Alternative Ökonomie	6 000		6 000
Summe	22 000	13 000	35 000

Davon sind, rechnet man die gesondert behandelten 6 000 alternativ-ökonomischen Projekte hinzu, 22 000 Selbsthilfeszusammenschlüsse und 13 000 Initiativgruppen der Handlungsform „Widerspruch“. Insgesamt dürften in diesen Gruppen zwischen 300 000 und 600 000 Menschen aktiv sein, d. h. regelmäßig und intensiv am Gruppenprozeß teilnehmen. Ein Vergleich mit Repräsentativbefragungen macht deutlich, daß es sich bei der hier vorgenommenen Schätzung des aktiven

Widerspruchs- und Selbsthilfepotentials in der Bevölkerung um eine Untergrenze handelt⁷⁵⁾.

„Wenn... nicht alles täuscht, so hat... die ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘... eine Bewegung hervorgebracht, die das herkömmliche Parteiensystem und die Systemsteuerung, die dieses System aufgebaut hat, nämlich den Markt-Preis-Mechanismus im ökonomischen Makrobereich, das Hierarchie-Prinzip im wirtschaftlichen Mikrobereich und das Solidaritätsprinzip auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene, ablehnt und nach neuen Paradigmen sucht.“⁷⁶⁾ Wie die positive Resonanz in der Bevölkerung auf Konzepte wie Entstaatlichung, Entbürokratisierung, mehr Eigeninitiative und Mitmenschlichkeit zeigt, ist die in den Neuen Selbstorganisationen manifeste „Gegenwehr der Lebenswelt“ (Habermas) aktiver Ausdruck eines verbreiteten Unbehagens an der Kultur.

Dies trifft zusammen mit einer ökonomisch-fiskalischen Krise des Steuerstaates. Die sozialen Sicherungssysteme sind bis an die Grenze belastet, und wenn das soziale Netz in den kommenden Jahren nicht reißen soll, müssen weitere erhebliche Einschnitte in den sozialen Besitzstand der Armen gemacht werden. Als neuer sozialpolitischer Grundkonsens drängt sich förmlich auf, „... daß die großorganisatorischen Systeme der sozialen Sicherung elementare Bedürftigkeiten nicht oder nicht mehr erreichen, und daß deshalb die lebensweltlichen, vormarktlichen und vor-

⁷²⁾ K. Gretschmann, a. a. O. (Anm. 40), S. 48.

⁷³⁾ M. Jahoda, *Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Arbeit und Arbeitslosigkeit im 20. Jahrhundert*, Weinheim und Basel 1983, S. 141.

⁷⁴⁾ Es wurde davon ausgegangen, daß in der Untersuchungsregion die Dichte der Selbstorganisationen doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist; vgl. zum genauen Verfahren W. Nelles/W. Beywl 1984, a. a. O. (Anm. 30), Kap. II. 4.1.

⁷⁵⁾ Beispielsweise berichtet die Stern-Untersuchung „Lebensziele, Potentiale und Trends alterna-

tiven Verhaltens“, Hamburg 1981, von 600 000 praktizierenden „Alternativlern“ (S. 43) und 1,3 Mio. Bürgern zwischen 14 und 54 Jahren, die mindestens einmal in einem normalen Monat in einer Bürgerinitiative mitarbeiten (S. 152).

⁷⁶⁾ G. W. Wittkämper, *Der Parteienwettbewerb als eskalierender Faktor*, in: Ph. Herder-Dorneich/A. Schuller (Hrsg.), *Die Anspruchsspirale*, Stuttgart 1983, S. 96.

staatlichen Hilfeformen, nämlich Eigeninitiative, Selbsthilfe und Selbstverantwortung, gestärkt werden müßten⁷⁷⁾. Das wiedererwachte Interesse der Politik an den Selbstorganisationen scheint von diesem Grundkonsens getragen. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch eine hohe Selektivität dieses Interesses deutlich. Drei Beispiele seien angeführt:

— In den kostenintensiven sozialen Leistungsbereichen werden nicht-ökonomische Selbsthilfegruppen zur Entlastung öffentlicher Haushalte genutzt. Dabei werden Arbeitsplätze im formellen Sektor abgebaut, ohne einen entsprechenden Ausgleich im informellen zu schaffen. Im gleichen Zuge werden sozialstaatliche Leistungen für die Armen gestrichen; das in Selbsthilfe- und Widerspruchgruppen vorhandene Protestpotential wird durch die Gruppenförderung teilweise gebunden⁷⁸⁾.

— Parallel dazu werden die ohnehin stagnierenden Widerspruchsaktivitäten staatlicherseits erschwert. So plant die Bundesregierung, die Bürgerbeteiligung bei der Genehmigung von Atomanlagen ebenso wie in Sanierungsgebieten einzuschränken und das Demonstrationsrecht so zu verschärfen, daß die gezielte Regelverletzung als bislang wirksamstes Mittel der Widerspruchgruppen kriminalisiert wird.

— Ökonomische Selbsthilfeprojekte werden dann gefördert, wenn sie bei Entlastung der Staatskasse arbeitsmarkt- und konjunkturpolitisch wirksam sind. Während die Sozialdemokraten die neuen Genossenschaftsprojekte in den gesellschaftlichen Solidarpakt einbinden möchten (konkret die Einhaltung von Tarifen, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen zur Förderungsvoraussetzung machen),

⁷⁷⁾ P. Gross, Die Sicherheit des sozialen Netzes. Zukunftschancen einer aktiven Sozialpolitik, in: B. Schäfers (Hrsg.), Sozialpolitik in der Bundesrepublik, Opladen 1983, S. 38.

⁷⁸⁾ Vgl. K. Ripuar, Krise der Kommunal Finanzen und sozialpolitische Implikationen, in: Alternative Kommunalpolitik, (1983) 4, S. 36—40.

beabsichtigen die Christdemokraten die Integration mit entgegengesetzten Mitteln: Ausgewählte alternativ-ökonomische Betriebe sollen mit den „Neuen Selbständigen“ in ein Programm für Mittelstandsförderung zusammengefaßt werden, bei Lockerung arbeitsrechtlicher Bestimmungen⁷⁹⁾.

Der antisystemische Protest droht im Rahmen selektiver Förderungs- und Benachteiligungsmaßnahmen als zusätzliche Handlungsressource und Legitimationsquelle für eine Politik der Systemausweitung genutzt zu werden.

Die Neuen Selbstorganisationen sind dem weitgehend schutzlos ausgeliefert. Ihr Konsens besteht eben in der Ablehnung des Repertoires, welches im politischen System zur Durchsetzung von Interessen vorgesehen ist, z. B. in der Ablehnung zentraler Interessenverbände oder des Lobbyismus. Deutlich wird dies an den innerparteilichen Auseinandersetzungen der GRÜNEN und dem gespannten Verhältnis von Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen zu dieser Partei, die mit dem Selbstverständnis des „parlamentarischen Arms der außerparlamentarischen Bewegungen“ auftritt. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Selbstorganisationen wirksame Formen der Kooperation („Vernetzung“) und der Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem politischen System entwickeln.

Wertvolle Ressourcen, die die Neuen Selbstorganisationen für eine qualitative Erneuerung von Politik, Wirtschaft und Kultur bereithalten, drohen unterzugehen. Positiv gewendet besteht die Aufgabe darin, diese Potentiale zu verdeutlichen und in vielen Lebensbereichen konkrete Gestaltungsalternativen zu entwickeln, d. h. die *Position* der Neuen Selbstorganisationen verstärkt in die öffentliche Diskussion einzubringen.

⁷⁹⁾ Vgl. die Äußerung Helmut Kohls vor dem Bundesausschuß der CDU zum Thema Jugendarbeitslosigkeit: „CDU sieht in ‚Existenzgründungen‘ ein Heilmittel“, in: Frankfurter Rundschau v. 21. 2. 1984, S. 4.

Hilfe zur Selbsthilfe

Ein Berliner Modell

„Der Apparat scheint mit seiner Vollendung alles zu vernichten, aber auch der Apparat selbst ist bedroht. Es besteht das Paradox: Das Dasein des Menschen ist an den Apparat gebunden, der den Menschen durch seine Vollendung wie durch sein Zusammenbrechen gleichermaßen ruiniert.“

Karl Jaspers in „Die geistige Situation unserer Zeit“.

I. Wertewandel

In Berlin gibt der Senat seit 1983 auf unkonventionelle Art und Weise mit einem 7,5-Millionen-DM-Programm Hilfe zur Selbsthilfe. Er ermöglicht damit Gruppen, Initiativen und Projekten eine Initialzündung und Starterleichterung. Dieses Modell soll im folgenden dargestellt und im Hinblick auf die Möglichkeit einer Übernahme in anderen Bundesländern zur Diskussion gestellt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland sichert ein umfassendes Sozialsystem in vielfältiger Weise Lebensrisiken ab. Dennoch wachsen in hohem Maße ungelöste Konflikte, die mit Isolation, Kontaktarmut, Anonymität, Beziehungslosigkeit, psychischen Problemen, mit Alkohol- und Drogenmißbrauch einhergehen.

Nicht alles, was früher einmal sinnvoll und vorrangig war, hat heute noch Gültigkeit. Es zeigt sich, daß die kollektive Problemlösung mit ihren notwendigerweise bürokratischen Antworten nicht mehr greift und häufig immer mehr an den eigentlichen Problemen vorbeigeht und im übrigen allenfalls Symptome kuriert, statt die Ursachen zu erkennen und zu beseitigen.

Der Mensch hat Angst um sein vitales Eigendasein, weil er losgelöst von seinem Ursprung nicht einfach Funktion sein kann. Dieses Eigendasein versuchen heute immer mehr Menschen wiederzufinden, indem sie sich alternativen Lebensformen zuwenden, indem sie sich rückbesinnen auf alte Werte wie Gemeinsinn, Nächstenliebe, Verantwortungsbe-reitschaft.

In den Großstädten, allen voran in Berlin, gibt es eine beachtliche alternative Bewegung, die sich durch eine große Buntheit und Vielfalt auszeichnet. Unter dem Wort „alternativ“ wird zwar auch Gewalt ausgeübt, die in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erregt, aber die große Mehrzahl der Alternativen darf nicht mit einer gewalttätigen Minderheit gleichgesetzt werden.

Kennzeichnend für diese neue, leise, soziale Strömung ist, daß sie zur eigenen Profilierung nicht die Provokation sucht. Die Mehrheit in der alternativen Bewegung lehnt Gewalt ab und versucht, neue Formen des Lebens und Arbeitens zu verwirklichen; sie bemüht sich, überschaubare Lebensverhältnisse in einer oft anonymen Industriegesellschaft wiederherzustellen. Vor allem junge Menschen haben sich zu Selbsthilfegruppen zusammengesetzt und plädieren für eine offene Gesellschaft, in der das Prinzip der Vorfahrt für die kleinere Gemeinschaft und die Toleranz Vorrang haben, um den verschiedensten Bedürfnissen der Menschen entgegenzukommen. Sie suchen den Nachbarn, den Mitmenschen, sind mit ihm solidarisch und entwickeln eigene Kräfte zum Mit- und Selbertun.

Anders als die studentische Protestbewegung der sechziger Jahre verfolgt diese Bewegung nicht mehr das Ziel, die Gesellschaft im großen und ganzen zu verändern, sondern ist bemüht, die Lebensverhältnisse im kleinen und im besonderen zu verbessern. Horst Eberhard Richter sagt über sie: „Das eigentliche Charakteristikum der alternativen Bewegung sind jedenfalls keine faßbaren Formalien von Projekten, sondern es ist das Praktizieren einer allgemeinen Werthaltung. Man wehrt sich gegen Entfremdung dadurch, daß man jetzt und hier aus dem programmierten Funktionieren ausschert und nur noch miteinander tut, was man für unmittelbar sinnvoll hält. Man läßt sich nicht oben in Rollen zwingen, in denen man nur ein Teilchen und nicht ein ganzes Selbst sein darf.“

Diese Selbsthilfegruppen widmen sich der Daseinsfürsorge, indem sie soziale Dienste leisten und den von Karl Jaspers beschriebenen „Staatsapparat“ entlasten.

Im Dialog mit den alternativen Gruppen orientiert sich der Senat von Berlin an dem Grundsatz, daß die alternative Bewegung An-

spruch auf Verständnis hat, der Senat aber auch die Pflicht zum Widerspruch — dort, wo es im Interesse des Gemeinwohls angebracht ist. Das Verlangen nach mehr Freiräumen und nach mehr Selbstverantwortung in der Gesellschaft und die Notwendigkeit einer am Gemeinwohl ausgerichteten Politik schließen sich daher keinesfalls aus. Sie können und müssen vielmehr im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verbunden werden. Die angemessene politische Antwort auf die Herausforderung, die die Alternativbewegung signalisiert, ist daher vorrangig in einer Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu sehen.

Dies bedeutet zum einen eine Veränderung der Gesellschaft insgesamt und zum anderen mehr Freiräume, mehr Autonomie, mehr Selbständigkeit, mehr Selbsthilfe und Selbst-

verantwortung in der Gesellschaft, insbesondere

- eine flexiblere Organisation des Arbeitslebens,
- mehr Zeitsouveränität für den einzelnen,
- größere Durchlässigkeit zwischen Arbeit und Freizeit, Familie und Beruf,
- mehr Partnerschaft in der Familie und Wahlfreiheit für Mann und Frau zwischen Familie und Beruf,
- Förderung nicht-staatlichen sozialen Engagements (ehrenamtliche Mitarbeit, Nachbarschaftshilfe nicht als Ersatz, aber als Ergänzung staatlicher Sozialpolitik),
- ein neues Verständnis für Arbeit, das nicht auf Erwerbstätigkeit verkürzt wird.

Das sind die Punkte, an denen sich etablierte Politik auf ihre Grundsätze besinnen muß.

II. Kriterienkatalog zur Förderung von Selbsthilfegruppen

Eben diese Punkte fanden Eingang in den Haushaltsplanentwurf 1983 und führten zu einem völlig neuen Modell. Dabei wurde unter Bezug auf die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin neben der traditionellen Förderung der freien Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen aus den Haushaltsmitteln der einzelnen Ressorts für im voraus festgelegte Aufgaben nun erstmals ein Pauschalansatz über 10 Millionen DM im Einzelplan der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Familie eingesetzt.

Mit der Senatsvorlage 870/82 wurden gleichzeitig die Grundsätze in Form eines Kriterienkataloges festgeschrieben; danach sollen mit öffentlichen Mitteln Projekte unterstützt werden, die

- das Zusammenleben gesunder und kranker, behinderter und nicht behinderter Menschen fördern,
- zu mehr Miteinander von alten und jungen Menschen beitragen,
- das Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgern fördern,
- Wege zur Überwindung der starren Trennung von Arbeits- und Familienwelt aufzeigen,
- daher sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.

Die zu fördernden Projekte müssen

- geeignet sein, vorhandene Bedürfnisse zu befriedigen,
- vorrangig die Selbsthilfe Betroffener fördern,

- konkrete Lebenshilfe bieten,
- für alle Betroffenen und Interessenten der jeweiligen Zielgruppe zugänglich sein,
- möglichst stadtteilbezogen arbeiten und regionale Bedürfnisse berücksichtigen, d. h. kleinräumig organisiert sein,
- den Grundsätzen demokratischer Selbstverwaltungen genügen,
- bereit sein, mit anderen Erfahrungen auszutauschen und zusammenzuarbeiten,
- in einem gewissen Umfang modellhaft und auf andere Bereiche übertragbar sein,
- auf einige Dauer angelegt sein und sich durch Offenheit und Toleranz gegenüber jedermann auszeichnen,
- Grundsätzen wie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit Rechnung tragen

und dürfen

- Einnahmen nur erzielen, soweit sie zur Förderung der Projekte verwendet werden,
- sich fachlichem Rat nicht entziehen, sowie
- sich einer auch kritischen Würdigung nicht verschließen.

Bei der Vergabe der Haushaltsmittel wurden Schwerpunkte gesetzt, wobei die Projekte auch eine Integration dieser Schwerpunkte zum Ziel haben sollen und dabei auch nach neuen Wegen zur Integration von Arbeits- und Familienwelt gesucht werden soll.

III. Schwerpunkt Gesundheitsbereich

Im Gesundheitsbereich sollen vor allem solche Projekte unterstützt werden, die auf den Gebieten der chronischen Erkrankungen, der Suchtkrankheiten, der psychischen Erkrankungen, der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation tätig sind.

Krebserkrankungen, Diabetes, Rheuma, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Alkoholabhängigkeit, Depressionen, Anfallsleiden und Multiple Sklerose — um nur einige Beispiele zu nennen — sind Krankheiten, die für den Betroffenen oft mit tiefgreifenden Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation und dementsprechend mit erheblichen psychosozialen Belastungen verbunden sind.

Selbsthilfegruppen können durch Beratung, persönliche Hilfe und Erfahrungsaustausch das Leben mit der Krankheit erleichtern, notwendige Verhaltensänderungen fördern und Rückfälle bzw. zusätzliche Krankheitsrisiken vermeiden helfen.

Diese Gruppen bieten die notwendige emotionale Unterstützung, geben sozialen Rückhalt, erleichtern den Übergang vom Klinikaufenthalt ins Familienleben und in die Berufs-

welt und lassen den Betroffenen mit seinen alltäglichen Problemen nicht allein.

Während Selbsthilfegruppen in den Bereichen der chronischen Erkrankungen und der Rehabilitation immer stärker an Bedeutung zugenommen haben, spielen sie auf dem Sektor der gesundheitlichen Prävention bislang nur eine untergeordnete Rolle. Angesichts der durch veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen verursachten Zunahme von verhaltensbedingten Krankheiten sind Maßnahmen zum Abbau von Risikofaktoren (z. B. ungesunde Ernährung, Übergewicht, Streß, Rauchen, Alkohol) jedoch dringend geboten. Hier könnten Selbsthilfegruppen einen wesentlichen Beitrag leisten, um Einstellung und Verhalten des einzelnen im Hinblick auf eine gesundheitsgerechte Lebensweise zu verändern.

Unterstützung können auch diejenigen erwarten, die organisatorische Mängel im Gesundheitswesen beheben und durch ihre Aktivitäten zu einer besseren Gesundheitsvorsorge und -versorgung beitragen wollen (z. B. Aktionskomitee „Kind im Krankenhaus“).

IV. Schwerpunkte im Sozialbereich

Im Sozialbereich sind insbesondere folgende Schwerpunkte förderungswürdig:

Vorbereitung auf den Ruhestand

Die durch die neue Lebensphase bedingten Veränderungen lassen Probleme in sehr unterschiedlichen Bereichen entstehen. Soziale und ökonomische Probleme stehen jedoch im Vordergrund. Wie die inzwischen fünfjährigen Erfahrungen mit Veranstaltungen zur Vorbereitung auf den Ruhestand und das Alter zeigen, gibt eine begleitete, begrenzte Phase zum Aufbau sozialer Beziehungen innerhalb eines Wohngebietes die Basis für selbständig fortgeführte Gruppenaktivitäten, in deren Verlauf eigenständig Aufgaben- und Problemlösungen ohne Einschaltung der „öffentlichen Hand“ versucht und praktiziert werden. Finanzielle Probleme sind davon allerdings weitgehend ausgenommen. Dabei sind vor allem Projekte zu fördern, die eine Integration von jungen und alten Menschen zum Ziel haben.

Selbsthilfe für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen im Haushalt

Selbsthilfegruppen können zu einer spürbaren Unterstützung und somit zur Entlastung der Pflegepersonen beitragen. Dadurch soll zugleich ermöglicht werden, die Freizeit der Pflegepersonen wieder zu vergrößern und deren außerhäusliche Interessen, Aktivitäten und Sozialkontakte zu fördern.

Generationen verbindende Selbsthilfe

Nicht selten vermissen Menschen — insbesondere ältere — konkrete Aufgaben, z. B. die Möglichkeit, anderen zu helfen. Hinzu kommt, daß ältere Menschen oft zu wenig Kontaktmöglichkeiten haben. Selbsthilfegruppen können in diesem Bereich z. B. eine stundenweise Kinderbetreuung (Oma/Opa-Hilfsdienst) oder einen Einkaufsdienst für Ältere organisieren, die über das Helfen hinaus auch jung und alt verbinden.

Selbsthilfe in Wohnformen für Ältere

In Wohnformen für Ältere kommt der möglichst selbständigen Lebensführung durch gegenseitige Unterstützung und Hilfestellung eine erhebliche Bedeutung zu, wobei gleichzeitig das Selbstbewußtsein der älteren Menschen gestützt wird. Selbsthilfeangebote in diesem Bereich können für Bewohner von Seniorenwohnhäusern und Seniorenheimen genauso entwickelt werden wie für Bewohner eingestreuter Seniorenwohnungen. Auch das Wohnen älterer Menschen in Wohngruppen oder Wohngemeinschaften könnte beratend und finanziell unterstützt werden.

Behindertensektor

Ferner sollen auf dem Gebiet der Behindertenbetreuung insbesondere Projekte Unterstützung finden, die die Integration Behinderter und Nichtbehinderter begünstigen und die selbständige Lebensführung behinderter Bürger fördern, indem sie lebenspraktische Tätigkeiten und Fertigkeiten sowie Kulturtechniken vermitteln, das Selbstverständnis bestimmter Behindertengruppen stärken und die Akzeptanz der eigenen Behinderung erreichen.

Schwerpunkt Ausländerbereich

Im Ausländerbereich sollen solche Selbsthilfegruppen und Projekte bevorzugt werden, an denen Ausländer beteiligt sind und deren inhaltlicher Schwerpunkt auf der Förderung der zweiten und dritten Generation liegt.

Insbesondere sollen Projekte und Selbsthilfegruppen gefördert werden, die

- den Erwerb der deutschen Sprache unterstützen,
- Förderunterricht und Schularbeitenhilfe für ausländische Jugendliche anbieten,
- Alphabetisierungskurse durchführen,
- Beratung, Information und Aufklärung betreiben,
- ausländischen Jugendlichen integrative Freizeitaktivitäten anbieten,
- unmittelbar ausländische und deutsche Bürger in gemeinsamen Aktivitäten zusammenführen.

Schwerpunkt Frauen

Im Frauenbereich sollen Projekte unterstützt werden, die nicht an Teilfunktionen wie Mutter, Ehefrau, Hausfrau, sondern an besonderen Problemlagen wie Schwangerschaft, Arbeitslosigkeit, „Grüne Witwen“ und typischen Lebenslaufsituationen von Frauen orientiert sind, z. B.

- Frauen in der Lebensmitte,
- Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit,
- Rückkehr in die Erwerbstätigkeit.

Dabei sollen vor allem solche Aktivitäten gefördert werden, die der Vereinzelung von Frauen entgegenwirken und auf eine Kooperation mit anderen Frauenprojekten angelegt sind.

Arbeitsweise

Der Hauptausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses stimmte auf seiner 66. Sitzung am 15. Dezember 1982 dem Vorhaben, einen besonderen Titel zur „Förderung von Selbsthilfegruppen“ im Etat des Senators für Gesundheit, Soziales und Familie zu schaffen, zu und gab 7,5 Mio. DM von den dafür insgesamt vorgesehenen 10 Mio. DM (Kapitel 1100, Titel 68432) frei. Gleichzeitig machte das Gremium zur Auflage, einen Beirat zu berufen, dessen Mitgliederzahl „unter neun“ sein sollte.

Beirat

Daraufhin berief der Gesundheitssenator umgehend Persönlichkeiten, die er für die Beurteilung der Aktivitäten im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Behindertenbetreuung und auf dem Familien- und Frauensektor als fachlich kompetent ansieht.

Berufen wurden:

Dr. Hans Jürgen Behrendt, Gesundheitssenator a. D.

Gerhard Freigang, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin des Blocks deutscher Hirnbeschädigter e. V.

Dr. Heinz Galinski, langjähriger Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Professor Dr. Peter Grottian, FU-Berlin und Mitglied des Arbeitskreises zur Förderung von autonomen Frauenprojekten, Bürgerinitiativen und Alternativprojekten

Angela Grützmann, Vorsitzende des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes e. V. Landesgruppe Berlin

Rainer Klauss, Geschäftsführer des Landesverbandes Berlin des Deutschen Roten Kreuzes

Hans A. Pestalozzi, Publizist.

Da Professor Grottian und Herr Pestalozzi auf eigenen Wunsch umgehend aus dem Beirat wieder ausschieden, besteht er nun aus insgesamt fünf Personen. In der Regel wird einmal monatlich getagt. Grundlage der Erörterungen ist der durch Senatsbeschluß vorgegebene Kriterienkatalog. Die Empfehlungen

werden einstimmig getroffen; die Beiratstätigkeit ist ehrenamtlich.

1983 hat der Beirat rund 250 Anträge behandelt. Dabei teilen sich die Anträge folgendermaßen auf:

- rund 24 % sind dem Bereich Gesundheit,
- 27 % dem Bereich Soziales,
- 10 % der Behindertenbetreuung,
- 12 % zum Ausländerbereich,
- 15 % zum Bereich Frauen und
- 12 % anderen Bereichen zuzuordnen.

Verfahrensablauf

Ein Verein, eine Gruppe oder Bürgerinitiative erkundigt sich schriftlich bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Familie nach den Möglichkeiten einer finanziellen Förderung der Arbeit.

Daraufhin wird versucht, den Antragsteller persönlich kennenzulernen und eine Terminabsprache zu treffen. Da es sich ausschließlich um ehrenamtlich engagierte Persönlichkeiten handelt, die normalerweise tagsüber berufstätig sind, bedarf es meistens mehrerer Versuche, bis eine telefonische Kontaktaufnahme zustande kommt. Ist die Terminabsprache dann auch mit der Gruppe erfolgt und sind die Gesprächspartner benannt worden, kann es endlich zum ersten Gespräch in den Räumen der Selbsthilfegruppe kommen. Die Vertreter der Selbsthilfegruppe haben ausreichend Gelegenheit, ihre Aktivitäten, die Zielsetzungen und Erfahrungen der jeweiligen Projektarbeit darzustellen. Auf Wunsch des jeweiligen Antragstellers kann an diesem Gespräch selbstverständlich ein Vertreter des „Arbeitskreises zur Förderung autonomer Frauen- und Alternativprojekte und Bürgerinitiativen“ teilnehmen; er wurde dazu von rund 80 Gruppen und Projekten bevollmächtigt.

V. Die „Arbeitsgruppe zur Förderung von Selbsthilfegruppen“ in der Senatsverwaltung

Die Hauptlast der gesamten Arbeit bewältigen sechs von ihren bisherigen Aufgaben weitgehend freigestellte Mitarbeiter der Senatsverwaltung. Da mit der Förderung von Selbsthilfegruppen in vielerlei Hinsicht Neuland betreten wurde, Grundsätze dafür erarbeitet und gleichzeitig umgesetzt werden mußten, kamen für diese Tätigkeit nur sehr erfahrene Verwaltungsangehörige mit entsprechenden Vorkenntnissen in Betracht. Zusammen mit zwei Zeitangestellten sind sie

Das Beratungsgespräch führen jeweils zwei Mitarbeiter der Senatsverwaltung. In diesem Zusammenhang werden dann auch die einzelnen Positionen des geplanten oder bereits eingereichten Antrags besprochen.

In der Regel erfordern auch die im Anschluß an diese Beratungsgespräche eingereichten Anträge mehr oder weniger umfangreiche Rückfragen, Erläuterungen und Ergänzungen. Die Rückfragen der Selbsthilfegruppen konzentrieren sich vor allem auf die Interpretation der Förderungskriterien sowie auf die verschiedenen, mit einer Zuwendung zusammenhängenden Bestimmungen. Umfassende Informationen müssen dabei insbesondere über die dem Landeshaushalt entnommenen Nebenbestimmungen über Finanzierung von Personalstellen und Honorarkräften sowie über die Art der Abrechnungen gegeben werden.

Zur Vereinfachung des Antragsverfahrens wurde von den Mitarbeitern der Senatsverwaltung ein Antragsmuster entwickelt, um damit gleichzeitig auch die Bearbeitung der Anträge zu erleichtern.

Die Erfahrung lehrt, daß in vielen Fällen der Antrag dennoch in ein oder mehreren Punkten ergänzungsbedürftig ist. Dann wird vereinbart, daß der Verein unter Berücksichtigung der angesprochenen Punkte einen modifizierten Antrag stellt.

In der Zwischenzeit werden die Fachabteilung — auch anderer Senatsverwaltungen —, das zuständige Bezirksamt und nach Möglichkeit der Spitzenverband in die Bearbeitung des vorliegenden Antrages einbezogen.

Liegen diese Stellungnahmen vor, erfolgt die Vorlage für den Beirat.

ein kleines, effektives Team, das nach vielen Gesprächen, nach Rückfragen und immer wieder geduldig gegebenen Erläuterungen, Ergänzungen und Änderungen alles sehr zügig und vor allem ausgesprochen bürgerfreundlich entgegennimmt, vorbereitet und im Beirat vertritt.

Außerdem finden zur kontinuierlichen Unterrichtung, Information und gegenseitigen Abstimmung regelmäßige Besprechungen mit anderen Fachabteilungen statt.

Der Aufgabenbereich umfaßt die

- Erarbeitung und Fortschreibung von Grundsätzen für das Bewilligungsverfahren,
- Bearbeitung der Zuwendungen für Selbsthilfegruppen,
- Beratung der Antragsteller und interessierter Gruppen,
- fachliche Begleitung von einzelnen Projekten, soweit das nicht von der jeweils zuständigen Fachabteilung übernommen wird,
- Geschäftsführung für den Beirat zur Förderung von Selbsthilfegruppen sowie die
- Erstellung der zu erstattenden Berichte.

Beiratssitzungen

In Anwesenheit der Arbeitsgruppe und weiterer Sachbearbeiter diskutiert der Beirat in monatlichen Sitzungen die Förderungswürdigkeit der jeweiligen Anträge auf der Grundlage der im Senatsbeschluß (870/82) genannten Kriterien. Aufgrund dieser Förderungsempfehlung erfolgt dann der Bescheid, für den in Abstimmung mit dem Rechnungshof und dem Senator für Finanzen Nebenbestimmungen erarbeitet worden sind.

Diese Nebenbestimmungen entsprechen den §§ 44 und 44 a der Landeshaushaltsordnung, sind jedoch der Verständlichkeit halber gestrafft, gekürzt und an einigen Stellen umformuliert worden.

Bei vielen der Anträge spielt die Übernahme von Kosten für Personalstellen eine wesentliche Rolle. Nach einer intensiven Diskussion wurde vom Beirat empfohlen, bei Bewilligung von Personalstellen, die dem Qualifikationsmerkmal von BAT V b bzw. höher entsprechen, eine monatliche Pauschale von 2 800,— DM zu zahlen. Mit diesem Betrag sind alle Kosten einschließlich der Arbeitgeberanteile abgegolten. Es muß sich dabei um eine versicherungspflichtige Tätigkeit handeln. Eine Stellenteilung ist möglich, eine Beschäftigung unter 20 Wochenstunden allerdings nicht.

Grundsätzlich aber geht der Beirat in Übereinstimmung mit der Vorgabe durch den Hauptausschuß davon aus, daß den antragstellenden Gruppen vorrangig Mittel für Miete, die Ausstattung von Räumlichkeiten und andere, für die Arbeit notwendige Sachkosten bewilligt werden. Mit der Bewilligung von Personalkosten wird jedoch dem Verlangen vieler Projekte nach qualifizierter Beratung und Anleitung im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe durch qualifiziertes Fachpersonal entgegengekommen.

Eine ständige Finanzierung von Personalstellen entspricht nicht der Intention des Förderprogramms. Alle Beteiligten aus der Senatsverwaltung, dem Hauptausschuß und dem Beirat sind der Meinung, daß es sich hier nur um zeitlich begrenzte Anlaufphasen handeln kann. Die Pauschalierung der Zuwendung trägt dem Rechnung und erleichtert das Zuwendungsverfahren in beträchtlicher Weise.

Die Erfahrung zeigt, daß vielen Gruppen mit einer einmaligen Förderung geholfen ist. Daneben übersteigen die Bewirtschaftungskosten von Räumen oft das finanzielle Leistungsvermögen der Gruppen.

Eine kontinuierliche Arbeit erfordert eine finanzielle Absicherung gewisser Grundvoraussetzungen. Durch die Zuwendungen im Rahmen dieses Förderprogramms werden Initiativgruppen in die Lage versetzt, ihre meist ehrenamtlich geleistete Arbeit fortzusetzen und weiterzuentwickeln und mit ähnlichen Gruppen zusammenzuarbeiten.

Indem diesen Gruppen mit einer vorübergehenden Kostenübernahme geholfen wird, wird gleichzeitig Ermutigung und Motivation für Selbsthilfeaktivitäten gegeben. Mit dieser finanziellen Unterstützung erfährt diese Arbeit im überschaubaren, nachbarschaftlichen Bereich eine öffentliche Bedeutung. Die Gruppen wiederum sehen in diesem Angebot eine Hilfestellung, die Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit einschließt und sie in ihrer Arbeit für die Zukunft bestärkt.

In diesem Zusammenhang muß jedoch auch gesehen werden, daß die zunehmende Arbeitslosigkeit von Sozialarbeitern, Psychologen und Personen mit ähnlicher Berufsqualifikation sich im Rahmen dieses Förderprogramms niederschlägt.

Ein Teil der Antragsteller geht bei der Auflistung seines Personalbedarfs auch davon aus, Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen. Deshalb wird überlegt, inwieweit ein Stellenbedarf von Selbsthilfeinitiativen auch im Rahmen des ABM-Programms erfüllt werden kann.

Die verwaltungsintern gefundenen Lösungen erleichtern den Gruppen das Antragsverfahren, ermöglichen einen relativ unkomplizierten Weg der Abrechnung und haben insgesamt dazu beigetragen, seitens der Gruppen bestehende Vorbehalte abzubauen. Die angebotenen Beratungsleistungen durch die Mitarbeiter der Senatsverwaltung werden dankbar angenommen. Manchen Gruppen und Initiativen, die sich bisher vergeblich um eine Unterstützung ihrer Aktivitäten bemüht hat-

ten, konnte durch die Förderung „aus einer Hand“ und von einer Stelle inzwischen wirksam geholfen werden.

Wichtig zu wissen ist, daß die Beratung und Betreuung von Gruppen auch nach der Zuwendungsbewilligung fortgesetzt wird. Die Erfahrung zeigt, daß ein erheblicher Bedarf nach kontinuierlicher Begleitung besteht und häufig ein entsprechend konzipiertes, die Begleitung zusicherndes Angebot erst den län-

gerfristigen Erfolg vieler Gruppenaktivitäten sichert.

Eine solche Gruppenbegleitung kann nicht allein durch Mitarbeiter der Senatsverwaltung geleistet werden. Neben Patenschaften, wo der professionelle Fachverstand verschiedener Berufsgruppen auch für die Selbsthilfe nutzbar gemacht werden kann, sollen ältere Menschen ermuntert werden, ihr Wissen und ihre Erfahrungen an Jüngere weiterzugeben.

VI. Selbsthilfeeininformations- und Kontaktstelle SEKIS

Schon im Frühjahr 1982 legte eine Arbeitsgemeinschaft von Einzelpersonen aus verschiedenen Projekten aus dem Gesundheitsbereich ein Konzept für eine „Selbsthilfeeininformations- und Kontaktstelle SEKIS“ vor, das für diesen großen Aufgabenbereich wegweisenden Charakter hat.

Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Berliner Selbsthilfegruppen und umfangreichen Verhandlungen zwischen diesen und der Senatsverwaltung hat sich schließlich der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV-Gesamtverband e. V., Frankfurt/Main) bereit erklärt, die Trägerschaft für das Selbsthilfe-Zentrum zu übernehmen. Die Tatsache, daß ein Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege auf Bundesebene die Trägerschaft übernimmt, unterstreicht den Modellcharakter der Berliner Politik für Selbsthilfegruppen.

SEKIS, das Zentrum für Selbsthilfegruppen, hat im ehemaligen Albrecht-Achilles-Krankenhaus seinen Sitz. Die Arbeit umfaßt die Aufgabenbereiche:

- Aufbau einer ständigen Kontakt- und Informationsstelle für an Selbsthilfe Interessierte,
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, um den Gedanken der Selbsthilfe bei Betroffenen und Experten zu fördern und zu verbreiten,
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen bei ihrem Aufbau und ihrer Arbeit,
- Angebot von technischen Hilfsmitteln für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Gedanke der Selbsthilfe und bereits bestehende Aktivitäten auf diesem Gebiet werden auf diese Weise eine starke Förderung erfahren. Die Autonomie der einzelnen Gruppen bleibt erhalten. Die vertrauliche Behandlung der erlangten Informationen wird ge-

wahrt. Eine Beteiligung von SEKIS am Zuwendungsverfahren ist ausgeschlossen. Im übrigen soll SEKIS keine Aufgaben und Funktionen wahrnehmen, die bereits von anderen Gruppen, Initiativen und Projekten wahrgenommen werden. Die Arbeit wird von sechs Mitarbeitern geleistet.

Raumangebote für Selbsthilfegruppen

Neben dem zentralen Angebot im ehemaligen Krankenhaus in Berlin-Wilmersdorf, wo beispielsweise mit „Komm'rum“ für psychosoziale Krankenarbeit, der „Selbsthilfegruppe Krebs“, dem „Elternkreis drogenabhängiger Jugendlicher“ und einem Verein von Frauen in der Lebensmitte namens „Raupe und Schmetterling“ die unterschiedlichsten Selbsthilfegruppen neben SEKIS und der Sozialstation CITY Raum für ihre Aktivitäten gefunden haben, besteht ein großer Bedarf an Räumlichkeiten im jeweiligen Wohngebiet (Kiez).

Die Bearbeitung der Anträge von Selbsthilfegruppen zeigt bei vielen Antragsstellern einen Bedarf an Räumlichkeiten als unabdingbare Voraussetzung für die Arbeit der jeweiligen Gruppe.

Eine Reihe von Gruppen beantragt die Übernahme von Miet-, Mietneben- und Ausstattungskosten für Laden-Wohnungen, obwohl eine effiziente Ausnutzung über die ganze Woche hindurch nicht immer gegeben ist und auch die aus einer Anmietung resultierenden laufenden Zahlungsverpflichtungen das finanzielle Leistungsvermögen vieler Gruppen überschreiten.

Um diesem Mangel abzuhelpen, soll der Versuch unternommen werden, geeignete Räumlichkeiten bei den Wohlfahrtsverbänden, den Sozialstationen und anderen Einrichtungen für eine zeitweilige Nutzung durch Selbsthilfegruppen zugänglich zu machen. Ein solches Angebot ist eine wesentliche Hilfe für eine

Reihe von Gruppen, denen es bisher an geeigneten Räumen fehlte.

Dabei wird an folgendes Konzept gedacht:

- Durch eine Umfrage bei den Trägern wird ein Verzeichnis der geeigneten und zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten erstellt und den interessierten Gruppen angeboten.
- Nimmt eine Selbsthilfegruppe einen angebotenen Raum in Anspruch, so wird zwischen der Senatsverwaltung und dem Anbieter eine Kostenübernahmevereinbarung auf der Grundlage einer Stundenpauschale geschlossen. Diese Pauschale enthält eine Nutzungsentschädigung für den Raum einschließlich der Nebenkosten wie Heizung, Strom, anteilige Reinigungskosten etc. und, soweit notwendig, eine Vergütung für den Hausmeister, der den Zugang zu den Räumen jeweils ermöglicht.

— Die Raumvergabe kann nur an solche Gruppen erfolgen, die die Förderungskriterien entsprechend dem Senatsbeschluß erfüllen.

— Darüber hinaus ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob und inwieweit ein solches Raumangebot durch die Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln wie Schreibmaschinen, Kopiergeräten usw. sinnvoll ergänzt werden kann.

Ausblick

Das Berliner Modell zur Förderung von Selbsthilfegruppen war und ist ein Experiment. Es ist eine Antwort auf die nach mehr Menschlichkeit in einer von Technik und materiellen Leistungsbegriffen geprägten Zeit und ein Weg zu mehr Selbstbestimmung.

Für 1984 sind daher wiederum 7,5 Millionen DM zur Förderung von Selbsthilfeaktivitäten vorgesehen.

Manfred G. Schmidt: Demokratie, Wohlfahrtsstaat und neue soziale Bewegungen. Der Beitrag des Parteienwettbewerbs und der Regierungspolitik zur Entstehung der neuen sozialen Bewegungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 3—14

Inwieweit und auf welche Weise hat die Bonner Demokratie und die Politik der CDU- und SPD-geführten Regierungen zum Entstehen der neuen sozialen Bewegungen beigetragen? Dieser Frage wird an Hand einer Analyse des Schrifttums, von Umfragen und insbesondere einer Auswertung der neuesten „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus 1982)“ nachgegangen. Zunächst wird die Ideologie und soziale Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegungen im Vergleich mit der Zusammensetzung der Wählerschaften von CDU, SPD und FDP analysiert. Hier zeigt sich eine relativ große politische und soziale Distanz zwischen der „neuen“ und der „alten“ Politik. Entsprechend groß ist auch die politische Unzufriedenheit mit der „etablierten“ Politik. Die politische Unzufriedenheit der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen entzündet sich zwar nicht zufällig an einer Reihe von Defiziten der „alten“ Politik; diese erklären aber nicht aus sich heraus den Protest. Es spricht einiges für die These, daß entscheidende Weichenstellungen für den neuen Protest bereits früher ablaufen: Der Erwerb „alternativer sozialer Utopias“ in der Jugendphase, politische Schlüsselereignisse und solche staatlichen Politiken, die alternativen Utopias Karrierechancen eröffnen, spielen eine große Rolle. Diejenigen Regierungspolitiken, die relativ erfolgreich „alte Konfliktlinien“ eingedämmt haben (z. B. Kapital-Arbeit und religiöse Konfliktlinien), haben unbeabsichtigt und ungewollt zur Aufrechterhaltung und Stützung von alternativen sozialen Utopias beigetragen. Für die politische Mobilisierung des neuen Protestes waren schließlich auch eine Reihe von Strukturen im Willensbildungssystem verantwortlich. Zu den wichtigsten zählen demokratische Verfahren, Nischen im Parteiensystem, z. T. auch das Wahlsystem, die Häufigkeit und zeitliche Streckung von Landtags- und Bundestagswahlen und der Abnutzungseffekt von Parteien, die schon seit langem regieren, und die bundesstaatliche Struktur.

Wolfgang Beywl / Hartmut Brombach: Neue Selbstorganisationen — Zwischen kultureller Autonomie und politischer Vereinnahmung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 15—29

Unter der Bezeichnung „Neue Selbstorganisationen“ firmieren die in den vergangenen 15 Jahren entstandenen Bürgerinitiativen, Selbsthilfeszusammenschlüsse und andere kollektive Reaktionen auf neu entstandene Probleme des Reproduktionsbereichs.

Ihre Gemeinsamkeit besteht in der gegen Fremdsteuerung durch Markt und Staat gerichteten „Bedürfnisorientierung“: Die politische Kultur der Selbstorganisationen ist dadurch geprägt, daß die Gruppenmitglieder auf einer eigensinnig-lebensweltlichen Artikulation von Interessen beharren und dabei versuchen, sich gegen systemische Einflüsse abzuschotten. Die Binnenstruktur der Neuen Selbstorganisationen ist dementsprechend durch basisdemokratische und egalitäre Prinzipien gekennzeichnet.

Basierend auf einer theoretisch begründeten Gegenstandsbestimmung werden die empirischen Forschungsergebnisse zur Verbreitung Neuer Selbstorganisationen vorgestellt. Geseondert betrachtet werden die alternativ-ökonomischen Projekte, die sowohl zusätzliche Arbeitsplätze schaffen als auch modellhaft ein neues Verständnis von Arbeit und Leben praktizieren.

Bei allen diffusen kulturellen Gemeinsamkeiten fehlen den Neuen Selbstorganisationen ein politisch-ideologisches Selbstverständnis, insbesondere programmatische Zielvorstellungen über eine veränderte Gesellschaft. Dies mindert die Ausbreitungs- und Durchsetzungschancen der Neuen Selbstorganisationen und birgt die Gefahr ihrer Instrumentalisierung durch systemische Institutionen. Beispielhaft aufgezeigt wird dies am wiedererwachten, selektiven Interesse der Politik an kostensparenden, sozial integrativen, informellen Gemeinschaften im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der beschäftigungswirksamen alternativ-ökonomischen Projekte.

Das Resümee lautet, daß die antisystemischen Neuen Selbstorganisationen im Rahmen selektiver Förderungs- und Benachteiligungsmaßnahmen als zusätzliche Handlungsressource und Legitimationsquelle für eine Politik der Systemausweitung genutzt zu werden drohen.

Ulf Fink: Hilfe zur Selbsthilfe. Ein Berliner Modell

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/84, S. 31—38

Seit 1983 gibt es das Berliner Modell zur Förderung von Selbsthilfegruppen. Es ist ein Programm des Senats von Berlin, um Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten: 7,5 Mio. DM werden pro Jahr auf unkonventionelle Art und mittels relativ unbürokratischer Vergabepraktiken an Gruppen, Initiativen und Projekte verteilt, die sich eigenverantwortlich bei der Lösung wichtiger gesundheitlicher und sozialer Probleme engagieren. Der Plan, solche Gruppen finanziell zu unterstützen, war anfangs als Experiment konzipiert. Die Erfahrungen weisen aber nun immer stärker auf den Modellcharakter dieses Vorhabens hin.

Heute besitzen wir in der Bundesrepublik Deutschland ein umfassendes Sozialsystem, das die grundlegenden Lebensrisiken absichert. Doch vielen Menschen ist das heute nicht mehr genug. Sie schließen sich in Selbsthilfegruppen und -initiativen zusammen, die gerade im Gesundheits- und im sozialen Bereich nicht nur Alternative, sondern auch Ergänzung zur bestehenden professionellen Beratung und Betreuung durch die öffentliche Gesundheitsversorgung wie durch soziale Einrichtungen sein wollen. Dieses Engagement ist Hinweis auf einen gesellschaftlichen Wertwandel und auf das verstärkte Bedürfnis vieler Menschen, eigenverantwortlich an Probleme heranzugehen und sich selbst und anderen zu helfen.

Um die Selbsthilfeidee und die Gruppen, die sich dieser Grundhaltung verpflichtet fühlen, zu unterstützen, hat der Berliner Senat finanzielle Mittel bereitgestellt und auch einen Kriterienkatalog entwickelt, nach dem diese Haushaltsmittel an die Projekte vergeben werden. Inhaltliche Schwerpunkte für die Förderung sind der Gesundheitsbereich und verschiedene Gebiete des Sozialbereichs (z. B. Ältere, Behinderte, Ausländer, Frauen u. a.). Ein Beirat aus in diesen Bereichen erfahrenen Persönlichkeiten bearbeitet die Anträge der Projekte und macht Vorschläge für die Mittelvergabe. In der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Familie gibt es zudem eine Arbeitsgruppe zur Förderung von Selbsthilfegruppen, die in engem Kontakt mit diesen Gruppen steht durch Gespräche und Beratungen vor und nach der Antragsphase.

Eine zusätzliche Hilfe für die Koordination der Arbeit von Selbsthilfeinitiativen in Berlin leistet die Selbsthilfeinformations- und Kontaktstelle SEKIS, die die Projekte bei der Arbeit unterstützt, technische Hilfen gibt und auch Räume zur Verfügung stellt.

Der wegweisende Charakter des Beratungszentrums zeigt sich daran, daß der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband sich entschlossen hat, die Trägerschaft von SEKIS zu übernehmen. Dies unterstreicht den Modellcharakter der Berliner Politik für Selbsthilfegruppen und speist die Hoffnung, daß dieses Berliner Modell der Hilfe zur Selbsthilfe Schule machen wird.